



PROTOKOLL

DER 2. SITZUNG DES EINWOHNERRATES,

8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

Datum, Zeit, Ort **Donnerstag, 10. März 2011** **19.00 – 22.15 Uhr**
Aula Rheinfallhalle, Neuhausen am Rheinfall

Präsenz 18 Einwohnerräte (ER)
Gemeindepräsident (GP)
3 Gemeinderäte (GR)
Gemeindeschreiberin
Aktuarin

Vorsitz ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Entschuldigt - GR Franziska Brenn
- ER Nil Yilmaz (SP)
- ER Ruedi Meier (SP)

Protokoll

Das Protokoll der 1. Sitzung vom 27. Januar 2011 hat im Ratsbüro zirkuliert und ein paar kleine Änderungen sind eingefügt worden. Es liegen sonst keine Beanstandungen vor. Es wird genehmigt und der Aktuarin, Frau Sandra Ehrat, verdankt.

Mitteilungen

- Dank an den Friedensrichter Felix Beutel und an seine Stellvertreterin Nil Yilmaz für die geleistete Arbeit bis Ende 2010.
- Rücktritt von ER Priska Weber-Widmer (SP) aus dem Einwohnerrat per 30.06.2011.
- Dankeschreiben von DiheiPlus für die Spende Gewinnverteilung 1100 Jahr Feier Neuhausen am Rheinfall.

Neueingänge

- Kleine Anfrage von Rita Flück Hänzi (CVP): Parkplatz Rosenbergschulhaus
- Interpellation von Willi Josel (SVP): Gewinnverteilung Jubiläum 1100 Jahre Neuhausen am Rheinfall
- Interpellation von Jakob Walter (SP): "Liquidation in Raten"
- Interpellation von August Hafner (SP): Steuergesetzrevision – Ist die gedeihliche Entwicklung von Neuhausen am Rheinfall gefährdet?
- Interpellation von Lenz Furrer (ÖBS): Ökostrom für die Gemeinde

**Traktandenliste**

1. Bericht und Antrag betreffend Sammelstrasse "Süd"
2. Bericht und Antrag betreffend Projekt "arc actuel"
3. Bericht und Antrag betreffend die Teilrevision der Abfallverordnung
4. Bericht und Antrag betreffend Flächenbewirtschaftung Rheinflallgebiet
5. Bericht zur Kenntnisnahme betreffend zukünftiger Informatik-Strategie der Gemeinde Neuhausen am Rheinflall
6. Postulat Willi Josel (SVP): Einbürgerungen Schweizer Bürger
7. Wahl eines Mitglieds der Bürgerkommission für den Rest der Amtsperiode 2011 – 2012

Die Traktandenliste wird genehmigt.

Pendente Geschäfte:

Vorstösse:	Text:	Eingang:	Behandlung ER:	Fristerstreckung:
Volksmotion	Gesamtplanung von Mobilfunkantennen statt Stückwerk		08.12.2005 Volksmotion als erheblich erklärt.	Bis 31.12.2009. 2. Fristerstreckung bis 31.12.2011.
Postulat	Einbürgerung Schweizer Bürger	07.02.2011		

Pro memoria:

-	-	-
---	---	---

Pendente Geschäfte in nicht ständigen einwohnerrätlichen Kommissionen:

Geschäft	Datiert:	Behandlung ER / Status:
Kommunale Zeitung für Neuhausen am Rheinflall	-	In Arbeit Kommission

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Ich begrüsse Sie zur 2. Einwohnerratssitzung in diesem Jahr.



TRAKTANDUM 1 Bericht und Antrag betreffend Sammelstrasse "Süd"

Die einwohnerrätliche Kommission hat den Bericht und Antrag betreffend Sammelstrasse "Süd" anlässlich ihrer Sitzung vom 14. Februar 2011 abschliessend behandelt.

Die Kommission beschliesst einstimmig, dem Einwohnerrat den Bericht und die Anträge des Gemeinderates mit den erwähnten Änderungen zur Zustimmung zu empfehlen.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

An der letzten Sitzung vom 21. Januar 2011 war die Mehrheit des Einwohnerrates für Eintreten auf das Geschäft und hat es einer 7-er Kommission übergeben. Sie haben mit der Traktandenliste den geänderten Bericht und Antrag sowie den Kommissionsbericht erhalten. Der Kommissionspräsident hat das Wort.

ER Lenz Furrer (ÖBS)

Das Geschäft konnte in einer einzigen Sitzung besprochen werden. Die Kommissionsarbeit war geprägt von Informationen, richtige Streitpunkte in der Sache gab es nicht. Eine wichtige Erkenntnis aus der Kommission scheint mir, dass die Initiative für die tatsächliche praktische Umsetzung auf der Seite liegt, auf deren Interesse die Strasse auch gebaut wird. Wir laufen also nicht Gefahr, dass die Gemeinde beginnt eine Strasse zu bauen und dann wird plötzlich wieder alles anders und die Strasse wird überhaupt nicht gebaut. Die Änderungen im Bericht und den Anträgen beruhen auf der letzten Fassung der Vereinbarung zwischen Gemeinde und SIG, die inzwischen unterschrieben sein sollte. Wir haben uns in der Kommission von der Notwendigkeit der Sache und vom Sinn des geplanten Vorgehens überzeugen lassen. Ich empfehle Ihnen in diesem Sinne Zustimmung.

Eintretensdebatte:

ER Peter Gloor (SP)

Die Neuerschliessungsstrasse des SIG Areals ist anscheinend wieder mal sehr dringend. Der Einwohnerrat muss sich wieder einmal sehr schnell für ein Projekt entscheiden. Ja oder die Investoren können nicht weiter arbeiten. Mit der Haltung der Kommission hatten wir anfangs sehr Mühe, aber wir schaffen mit der heutigen Vorlage auch Voraussetzungen für die Zukunft von Neuhausen am Rheinfall. Wir bauen jetzt nur den Abschnitt 1 und 2, d.h. der dritte Abschnitt wird erst in der zweiten Bauetappe aktuell, wenn sich im SIG Areal weitere Projekte konstituiert haben. Mit dem Landabtausch oder dem Zukauf von Grundstücken der SBB schaffen wir in dieser Vorlage die Voraussetzung, dass eine vernünftige Verkehrsanbindung gewährleistet ist. Im Kommissionsbericht und in der überarbeiteten Vorlage vom 22. Februar 2011 hat der Gemeinderat die Etappierung aufgezeigt und den Kostenaufteiler übersichtlich dargestellt. Die Kommission hat der Vorlage ja einstimmig zugestimmt und es stimmt auch die SP Fraktion zu.

ER Peter Schmid (SVP)

Als Mitglied dieser Kommission kann ich Ihnen versichern, dass wir dieser Sammelstrasse "Süd" wirklich auf den Grund gegangen sind. Wir haben viele Fragen betr. Finanzierung, SBB Linie und wegfallenden Parkplätzen etc. gestellt, welche uns von Paul Kurer und GP Stephan Rawyler kompetent beantwortet wurden. Diese Strasse wurde schon in der damaligen SIG Kommission als



sinnvoll und nötig erachtet. Eine Entlastung des Kernzonenverkehrs ist sinnvoll und führt zudem zu einer sehr einfachen und besseren Erschliessung des SIG Areals. Dies ist auch zukünftig im Sinne der Neuansiedlung von Industrie und Gewerbe von grosser Bedeutung. Auch ich empfehle Ihnen den Bericht und Anträge des Gemeinderates zuzustimmen. Die SVP wird dies auch tun.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Der Gemeinderat ist sehr weise, als er das SIG – Areal in das Agglomerationsprogramm Schaffhausen plus aufnahm. Das Entwicklungspotential des SIG – Areals sowie des Industrieplatzes ist gross, darum ist es wichtig für die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall. Wenn das Bauvorhaben auf dem Baufeld 10 realisiert ist, wird das Verkehrsaufkommen massiv zunehmen und mit der damit verbundenen Verkehrsführung ist die Gemeinde zusätzlich gefordert. Sobald das Zentrum sowie die Quartierstrassen Rheinstrasse und Rheingoldstrasse erheblich mit Schwerverkehr belastet ist, muss die 2. Etappe möglichst rasch realisiert werden. Wir hoffen der Gemeinderat reagiert rechtzeitig. Wir werden die ganze Entwicklung im Auge behalten. Die CVP unterstützt diesen Antrag und ist für Eintreten.

ER Markus Anderegg (FDP)

Ich möchte noch einmal auf den Grundsatz zurückkommen. Ich möchte nicht nochmals alle Details erklären aber wie schon gesagt wurde, wurde die Vorlage gründlich durchleuchtet und von allen mit den entsprechenden Korrekturen für sehr gut befunden. Es geht um das SIG Areal, ca. 120'000 m²; dieses Gebiet ist eigentlich gar nie erschlossen worden durch Zufahrtsstrassen. Der Verkehr bröseln irgendwie durch das Zentrum in dieses Areal. Zudem ist das Areal noch zweiseitig vom Rhein umgeben. Das ist eine äusserst interessante Sache. Wir kommen gar nicht darum hin, diese Sammelstrasse irgendwann oder jetzt in Teiletappen zu realisieren ansonsten werden wir sicher eines Tages im Verkehr ersticken und wir haben ja jetzt gerade das Ortszentrum im Bau, das im Juni fertig gestellt wird. Das würde alles keinen Sinn machen, wenn man nicht auch den Verkehr mindestens teilweise aus dem Zentrum wegbringt. Es geht wirklich um eine Jahrhundertgeschichte und dieses ehemalige Industriegleis, das der SIG diente, dient nun der neuen Sammelstrasse exzellent. Auch die FDP Fraktion wird dieser Vorlag vollzählig zustimmen.

GP Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen für die Würdigung des Berichts und Antrags zur Sammelstrasse "Süd". Ich gebe ER Peter Gloor (SP) recht, bei der Zonenplanung musste ich den Einwohnerrat etwas unter Druck setzen zeitlich, dass man vorwärts gemacht und entschieden hat. Diese Vorlage war an sich auch dringend, aber die Kommission hat sich meines Erachtens die erforderliche Zeit genommen. Auch der Gemeinderat war ja einverstanden. Er hat ja sogar den Antrag gestellt, eine Kommission zu bilden. Hier lohnt es sich tatsächlich gründlich zu prüfen und Fragen zu stellen. Es sind einige Fragen ja auch in der Kommission gestellt worden. Es haben sich in der Diskussion weitere Aspekte gezeigt und geklärt werden konnten. Ich denke es war gut, dass wir so vorgegangen sind. Ich gebe ER Peter Gloor (SP) recht, es ist an sich unschön, dass wir auf diese Art und Weise als Gemeinderat und Einwohnerrat in Zugzwang kommen, aber auch das ist ein Effekt, wie es ER Priska Weber (SP) erwähnt hatte. Die Zeiten ändern sich etwas; es werden neue Anforderungen an uns alle gestellt und wir versuchen diese bestens, so gut wir es auch können, zu erfüllen. Der Herr Kommissionspräsident hat es erwähnt, die Vereinbarung dürfte nicht nur beschlossen sein, sie ist abgeschlossen. Ich bin da sehr froh, dass wir diese noch unter Dach und Fach gebracht haben. Das war auch ein Druckmittel gegenüber der SIG dieses Mal. Ich habe der SIG gesagt, wenn wir das nicht zum Zeitpunkt der heutigen Sitzung haben, dann werde ich das Geschäft zurückziehen. Ich hätte es von der



Traktandenliste absetzen lassen. Wir haben uns wirklich in sämtlichen Punkten gefunden und die Vereinbarung ist rechtskräftig. Sie wurde von der SIG gültig unterzeichnet und von Seiten der Gemeinde. Ich möchte daran erinnern, dass es nicht irgendwie ein Geschenk ist, das wir von der SIG erhalten, sondern das ist gestützt auf unsere Grundeigentümergeverordnung, die sie selbst vor Jahren erlassen haben. Diese bildet die Basis für die bessere Erschliessung und den Beitrag, den die SIG daran leisten muss und ich bin wie die CVP der Ansicht; es ist da grosses Potential vorhanden. Zur Präzisierung ist drauf hinzuweisen, es geht nicht nur um den Schwerverkehr sondern es geht überhaupt um die Verkehrsbelastung. Es könnte durchaus sein, dass eine stärkere Nutzung durch den Personenverkehr ausgelöst wird. Dass sich ein häufigerer und stärkerer Personenverkehr ergibt, dann wären wir gehalten selbstverständlich Ihnen einen Bericht und Antrag zu unterbreiten und anschliessend dürfte es dann zu einer Volksabstimmung kommen, bei der dann das Volk entscheiden kann, soll die zweite Etappe noch gebaut werden, ja oder nein. Mit der ersten Etappe wird aber ein wichtiger und entscheidender Schritt getan, damit das Baufeld 10 überbaut werden kann. Es ist die Voraussetzung, dass dort überhaupt etwas geschehen kann und ich wäre froh, wenn der Einwohnerrat hier zustimmen könnte. Es ist mir noch ein Anliegen, der Kommission zu danken, insbesondere dem Kommissionspräsidenten, der seinen Bericht äusserst schnell und in sehr klarer Weise abgefasst hat. Besten Dank.

Keine Detailberatung.

Anträge:

1. Der Tausch einer Teilfläche von 633 m² des Grundstücks GB Neuhausen am Rheinfall Nr. 1435 (Badstrasse) gegen Teilflächen von total 1'406 m² der Grundstücke GB Neuhausen am Rheinfall Nrn. 857 und 858 wird gutgeheissen.

Der Antrag wird mit 18 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

2. Für den Bau des Abschnitts 2 der Sammelstrasse "Süd" wird ein Kredit von Fr. 196'600.00 als Gemeindeanteil zu Lasten der Investitionsrechnung genehmigt. Dieser Kredit basiert auf dem Stand des Zürcher Baukostenindex vom 1. April 2010. Er verändert sich gemäss der Entwicklung dieses Indexes.

Der Antrag wird mit 18 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

3. Für den Bau des Abschnitts 3 der Sammelstrasse "Süd" respektive für den Erwerb von Teilflächen der Grundstücke GB Neuhausen am Rheinfall Nr. 1004 und 2053 wird ein Kredit in der Höhe von Fr. 301'200.00 als Gemeindeanteil zu Lasten der Investitionsrechnung genehmigt. Dieser Kredit basiert auf dem Stand des Zürcher Baukostenindex vom 1. April 2010. Er verändert sich gemäss der Entwicklung dieses Indexes.

Der Antrag wird mit 18 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Die Beschlüsse Ziff. 2 und Ziff. 3 unterstehen gemäss Art. 14 lit. d der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 2 Bericht und Antrag betreffend Projekt "arc actuel"

GP Stephan Rawyler

In diesem Bericht und Antrag geht es darum, dass der Gemeinderat beabsichtigt, eine Gesamtschau über Gemeinde und deren Entwicklungsmöglichkeiten zu machen in jeglicher Hinsicht. Wir dürfen dabei auf zwei Geldquellen zurückgreifen, einerseits ein Beitrag des Bundes, die neue Regionalpolitik oder auch bekannt unter regionale Standortentwicklung. Das sind Gelder, die in die nicht zentrumsnahen Gebiete in der Schweiz ausgerichtet werden um dort ebenfalls für eine Entwicklung zu sorgen. Der zweite Geldtopf ist der Generationenfonds des Kantons Schaffhausen. Dieser wurde insbesondere aus dem Geschenk der Schaffhauser Kantonalbank anlässlich des Jubiläums 125 Jahre Schaffhauser Kantonalbank gespiesen. Selbstverständlich muss auch die Gemeinde selbst etwas dazu beitragen. Unser Obolus beläuft sich auf Fr. 160'000.00, dafür bekommen wir aber Dienstleistungen von Fr. 420'000.00. Was ist vorgesehen? Ihnen allen ist bekannt, die Burgunwiese trägt zwar im Namen noch den Begriff Wiese aber effektiv handelt es sich aber weitgehend um einen Kiesplatz. Sehr unansehnlich, häufig mit Autos verstellt. Es gibt noch einen Hundeveräuberungsplatz. Im hinteren Bereich gibt es einen schönen Spielplatz, im Bereich oben Richtung Schaffhauserstrasse steht eine ältere Liegenschaft. Wenn man sich das so anschaut, dann muss man sich überlegen, könnte es in diesem Gebiet eigentlich schöner werden. Einen ganz wichtigen Eckpunkt für den Gemeinderat ist, es muss auf jeden Fall gewährleistet sein, dass ist ein Kinderspielplatz und einen Stadtpark oder dass es eine ähnlich grosse Grünfläche gibt wie ein Stadtpark. Wir könnten uns aber durchaus vorstellen, dass sich dort auch Wohnungen bauen liessen. Man könnte sich auch vorstellen, dass möglicherweise eine Tiefgarage entstehen könnte, in dem ein Teil des Rheinfallverkehrs untergebracht werden könnte. Damit hätte das Gewerbe sicherlich eine Chance vom Tourismus zu profitieren, wenn die Touristinnen und Touristen dort ihre Wagen abstellen und dann zu Fuss an den Rheinfall gehen, allenfalls auch die Touristenbahn benützen und allenfalls auf dem Rückweg an dem einen oder anderen Laden resp. Restaurant vorbeikommen. Was ganz genau passieren soll, soll anlässlich einer Testplanung und auch eines Wettbewerbes geklärt werden. Ich kann Sie insofern beruhigen, der Bagger fährt nicht morgen und auch nicht übermorgen auf. Für die nächsten 4 Jahre ist die Burgunwiese fest an den Kanton Schaffhausen verpachtet. Sollten wir Wohnungen bauen, dann sind Sie auf jeden Fall auch wieder am Zug. Das würde eine Umzonung dieses Geländes bedingen. Heute ist es eine Zone für öffentliche Bauten und Anlagen und Wohnbauten würden darunter nicht fallen, ausser man würde Alterswohnungen machen. In der Meinung vieler Neuhauserinnen und Neuhauser ist tief verwurzelt, man darf auf diesem Grundstück nichts machen. Das war tatsächlich so bis Ende 1998. Die damals mit der Schenkung resp. der erbrechtlichen Verfügung verbundenen Auflage ist im Jahre 1998 aber abgelaufen. Man muss wirklich sagen, die Schenkerin hat sich wirklich etwas gedacht und zwar in dem Sinne, dass die Gemeinde längere Zeit durchatmen konnte, überlegen konnte, was macht man hiermit, das man nicht sofort etwas übers Knie bricht sondern wirklich während Jahrzehnten nichts passieren konnte. Als Perimeter kann man sich vorstellen bis zur Spitzstrasse und zur Arthur-Moser-Strasse und zur Zentralstrasse. Teil des Projekts wird sicherlich auch sein, was passiert mit der äusseren Zentralstrasse auf der heute viel zu schnell gefahren wird. Sie ist leider heute fast eine Rennstrecke in der Präsentation und vor allem Nachts lädt sie gewisse Männer dazu ein, ihre PS starken Fahrzeuge voll aufzufahren, was mit Lärm und auch mit Gefahren verbunden ist für die Fussgängerinnen und Fussgänger auf dem Trottoir. Hier ist vorgesehen, die Zusammenarbeit mit privaten Investoren und Grundeigentümern. Die Gespräche sind bereits aufgenommen worden. Das Teilprojekt 2 im Zentrum. Dort geht es darum, dass wir an verschiedenen Orten Situationen haben, die nicht optimal gelöst sind. Z.B. das Gebiet ehemalige Papeterie Rüegg bei uns intern als Industrieplatz Nord bezeichnet, aber auch an der Weinbergstrasse gibt es Situationen, die nicht ganz befriedigend sind. Man muss sich sicher auch Gedanken machen, wie geht es weiter, wenn der Migros auszieht an der Wildenstrasse. Es gibt weitere Gebiete, die man sicherlich prüfen kann, was



man hier machen könnte, damit die Situation verbessert wird im Interesse aller. Es sei aber wirklich betont, ohne das Einverständnis der Grundeigentümer wird nichts passieren. Wir können lediglich aufzeigen, was man verbessern könnte. Teilprojekt 3, Gemeindehaus/Werkhof/Rhyfallhalle. Es ist Ihnen bestens bekannt, das Schulhaus Kirchacker ist sanierungsbedürftig. Das ist sicher auch Anlass einmal das ganze Gebiet, in dem wir uns befinden, einmal näher anzusehen. Es sind verschiedene Büros im Werkhof während den letzten Jahren leer geworden. Sie können sich erinnern, die Steuernbehörden sind weggezogen. Sie haben heute einen Bericht zur Kenntnisnahme auf dem Tisch betr. EDV. Der Zivilschutz ist schon länger nicht mehr hier. Dem Friedensrichter und seiner Stellvertreterin wurden bereits gedankt. Diese Aufgabe wurde auch zentralisiert im Kreis Schaffhausen. Es gibt andererseits aber auch das Gesetz der Entropie. Wenn ein Büro leer ist, dann wird es gefüllt. Das kann aber nicht eine optimale Nutzung sein. Da ist der Gemeinderat gefordert zu schauen, ob es nicht bessere Lösungen gibt und wir möchten das wirklich sehr genau anschauen, auch hier sind erste Arbeiten bereits aufgenommen worden. Teilprojekt 4, Galgenbuck. Der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass spätestens bei Eröffnung des Galgenbucktunnels im Sommer 2019 die Mehrfamilienhäuser in diesem Bereich wieder sehr attraktiv werden. Es handelt sich namentlich an der Engestrasse, teilweise auch bereits an der Büchelerstrasse um ältere Mehrfamilienhäuser. Wir möchten mit den Eigentümerinnen und Eigentümer das Gespräch aufnehmen und aufzeigen, wie man vielleicht eine bessere und nachhaltige Nutzung dieser Häuser sichern könnte. Stichwort dabei ist z.B. die Grösse der Balkone aber auch das Fehlen eines Lifts in diesen Gebäuden, dann die Grössen der Wohnungen an sich und wir möchten eigentlich ähnlich wie mit einem Kuchenrezept das erarbeiten, dass wir nachher auch zu anderen Eigentümerinnen und Eigentümer gehen können, denn wir haben ja, wie Ihnen unschwer bekannt ist, noch ältere Mehrfamilienhäuser in unserer Gemeinde. Noch offen ist, ob auch andere Gebiete oberhalb der Rosenbergstrasse angeschaut werden sollen. Es ist aber eigentlich nicht vorgesehen im grösseren Stil irgendwelche Einfamilienhäuserquartiere neu zu bebauen, sondern wir möchten mit der bestehenden Bausubstanz eigentlich schauen, ob wir dort eine optimale Lösung hinkriegen. Die Geldmittel sind erheblich. Wir brauchen aber auch recht viele Fachleute für diese Aufgaben. Die Gemeinde ist nicht in der Lage die Arbeitskraft hier zur Verfügung zu stellen. Es geht nicht an, neben den sonstigen Aufgaben und Projekten auch noch dieses Spezialprojekt alleine und mit eigener Kraft durchzuführen. Das ist schlechthin nicht möglich. Als Projektleiterin ist die Generis AG vorgesehen. Dies entspricht dem ständigen Wunsch des Kantons Schaffhausen. Die Generis AG ist ja zuständig gemäss Vertrag mit dem Kanton Schaffhausen für die Betreuung des Generationenfonds. Weitere Projekte, die auf diese Art und Weise durchgeführt werden und von der Generis AG betreut werden, sind z.B. das Projekt Prewo in Wilchingen/Osterfingen und das jüngste Projekt für ein Weinhotel in Hallau und schliesslich auch das Projekt Pas, Potentialentwicklung Stadt Schaffhausen. Ich denke, es ist noch von Vorteil, dass wir uns auf die Erfahrungen der Stadt Schaffhausen abstützen können. Ich denke, es ist wirklich eine interessante Sache und wir sollten diese Chance wirklich packen. Es sind viele Fragen und Betrachtungen hier möglich, die geklärt werden können und aufgegriffen werden, die wir sonst über einen längeren Zeitraum angehen müssten. So haben wir die Chance in eigentlich relativ kurzer Zeit. Abschluss des Projektes soll im Sommer 2012 sein. Ich bitte Sie deshalb auf diesen Bericht und Antrag einzutreten und zuzustimmen. Besten Dank.

Eintretensdebatte:

ER Marco Torsello (FDP)

Wer dieser Tage durch Neuhausen flaniert, kann langsam aber sicher erahnen, wie sich die Attraktivierung des Stadtkerns auf das Neuhauser Stadtbild auswirken wird. Breite Trottoirs, neue Beläge, weniger Verkehr, mehr Begrünung usw. laden die Bürgerinnen und Bürger wirklich zum Verweilen ein. Auch den Geschäften anerbieten sich so völlig neue Möglichkeiten sich der



Kundschaft zu präsentieren. Aus einem durchschnittlichen Ortskern werden die baulichen Änderungen ein Maximum an Attraktivität gewinnen. Was hier begonnen wurde, sollte wie ein Bogen über die ganze Gemeinde gespannt werden. Wo gibt es Potenzial? Wo bestehen Synergien? Wo kann auch ein Maximum an Attraktivität gewonnen werden? Mit solchen und noch weiteren Fragen beschäftigt sich das Projekt "arc actuel". Die FDP Fraktion hat sich eingehend mit dem vorliegenden Bericht beschäftigt und sieht bei den vorgesehenen baulichen Möglichkeiten auf der Burgunwiese, im Zentrum beim Industriepplatz, im Gebiet vom Werkhof zum Gemeindehaus und im Galgenbuck ein grosses Potenzial für die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall. Das Projekt "arc actuel" ist eine sinnvolle Investition mit einem bedachten Weitblick in die Zukunft Neuhausens und beinhaltet Ideen zu allen baulichen Bereichen wie die Schaffung von attraktivem Wohnraum, Büroräumlichkeiten, Verkehrszonen und auch Freizeiträumen (v.a. Grünanlagen). Die Verdichtung im Dorfkern ist dabei entscheidend und macht das Projekt besonders bedeutungsvoll. Wir von der FDP-Fraktion sind jedoch der Meinung, dass in diesem Rahmen auch noch das Gebiet am Rheinufer vom RhyPark bis zur ARA Röti in das Projekt aufgenommen werden sollte. Erst vor Kurzem ist die geplante Internationale Landesgartenschau in der Bodenseeregion nachab geschickt worden. Somit hat auch Neuhausen am Rheinfall leider ein für die Region und den Tourismus wichtiges Projekt verloren, den "Giardino Lungo". Wir werden daher den Antrag stellen, dass der Projektkredit von Fr. 160'000.00. um Fr. 40'000.00 auf Fr. 200'000.00 erhöht wird. Zusätzlich möchten wir damit auch sicherstellen, dass die vorhandenen Gelder vom Kraftwerk Schaffhausen (EKS), der sogenannte Ökostromrappen, aus dem Renaturierungsfond "Rheinufer" in dieses Gebiet fliessen. Die Fraktion legt an dieser Stelle dem Gemeinderat nahe sich zu überlegen, ob er nicht eine gemeinderätliche Kommission dafür einsetzen möchte.

ER Willi Josel (SVP)

Man könnte sagen, endlich wird etwas getan und man kann dem Gemeinderat danke sagen, dass er das jetzt in die Hand nimmt. Die Überprüfung von den alten Teilen und vielleicht sogar baufälligen Teilen von Neuhausen am Rheinfall ist sicherlich gut, wenn man dahinter geht. Wenn man die Kosten von Fr. 160'000.00 anschaut, ist das zwar Geld, das man ausgibt und das ist nie so gut, aber der Nutzen der damit generiert wird, der wird gross sein. Besonders wichtig scheint es der SVP, dass der Dorfkern saniert wird. Jetzt wird ja verkehrsbedingt etwas getan, aber wenn man die alten Häuser ansieht, dann müsste man hier auch schauen, wie man das Zentrum attraktiver machen kann, wenn das nur eine Pinselrenovation ist. Diesen Bericht und Antrag entspricht der Zielsetzung verdichtetes Bauen. Das ist sehr wichtig, damit wir uns nicht nach Aussen ausbreiten sondern dass wir im Inneren der Gemeinde die Chance wahrnehmen. Vor allem geht es um die Wohnbauten. Wir haben es heute in der Zeitung gelesen. Die Unilever bringt 100 Leute her und offenbar recht gut bezahlte und diese finden keine Wohnungen in der Nähe. Was wäre das für eine Chance für Neuhausen am Rheinfall gewesen, wenn wir gesagt hätten, schaut euch unsere Bauten an, da könnt ihr eine entsprechende Wohnung kaufen oder mieten. Diese Chance ist jetzt nicht, aber ich hoffe, dass diese irgendwann wieder kommt. Die Zentrumsnutzung ist auch deshalb wichtig und sehr gut, weil der öffentliche Verkehr ausgebaut wird. Wenn sie die Gesamtkonzeption des Kantons angeschaut hätten, dann gibt es einen Bahnhof SBB, der in der Nähe des Industriepplatzes gebaut wird. Es gibt einen Betrieb S-Bahn, da wissen wir noch nicht genau, wie die Wege dann auch wirklich führen, von Süd nach Nord und von Ost nach West. Da ist man noch dran, aber auch das hat Auswirkungen auf Neuhausen am Rheinfall. Der öffentliche Verkehr ist dann viel näher und kann optimal genutzt werden. Wichtig und richtig finden wir auch, dass die Hauseigentümer miteinbezogen werden, denn gegen diese kann man nichts machen. Wenn man mit denen spricht und ihnen die Vorteile aufzeigt, bin ich sicher, dass auch diese wacher werden. Dass man ganze Gebiete verändern will statt Pflasterli-Politik betreiben will, das ist auch sehr gut und da stehen wir selbstverständlich auch dazu. Wir stehen auch dazu für die Auslagerung des Werkhofs, das wäre auch gut. Das könnte aber analog der Städtischen Werke dazu führen, dass wir kein Personal mehr



haben und das Personal plötzlich dort angesiedelt ist. Es könnte sein, dass die Entscheidungen, die mehrheitlich in der Stadt fallen, wir vielleicht weniger Einfluss haben werden und plötzlich werden da die Wünsche stärker, wenn das alles mit Schaffhausen verbunden wird, dann könne man ja die Eingemeindung vornehmen. Die SVP ist da dagegen, das kann ich Ihnen jetzt schon sagen. Wenn wir jetzt gehört haben, die Grünflächen am Rhein mit ein zu beziehen, dann muss man sagen, dass dort in der Gesamtverkehrskonzeption ein Veloweg hinkommen soll und das ist auch von unserer Seite her geplant am Rhein entlang, bis zum Rheinflall. Bisher ist es ja so, dass wir die Leute, ab dort wo sie vielleicht das Geld ausgeben könnten, auf die Zürcherseite führen mit dem Velo. Das ist ein wichtiger Punkt. Da ist die Frage erlaubt, wo man hier denn die Naturierung ansetzen will. Von der Brücke an stehen die Häuser praktisch bis zum Wasser, dann kommen die Pontoniere und dann kommt die grosse Wand und ich kann mir nicht direkt vorstellen, was man dort machen will. Das heisst aber nicht, dass man das in irgendeiner Form nutzen kann. Die Grünflächen gehören unseres Erachtens auch zum Quartierplan oder zu den Projekten, die jetzt ausgearbeitet werden sollen und daher sind wir der Meinung, dass wir uns die Fr. 40'000.00 sparen können. Wir dürfen das Fuder nicht überladen. Was wir tun müssen ist das Geld vom Bund und vom Kanton, Generationenfonds abzuholen und die Bevölkerung miteinbeziehen und immer informieren. Dann sind wir sicher, dass wir in Neuhausen am Rheinflall etwas Gutes erreichen. Die SVP wird diesem Bericht und Antrag zustimmen.

ER Jakob Walter (parteilos)

Ich kann Ihnen die Zustimmung von unserer Seite und auch die Sympathie zum Antrag der FDP signalisieren. Ich möchte zu bedenken geben, dass wir hier im Einwohnerrat schon sehr viel Geld für Studien bewilligt haben und ich hoffe doch sehr, dass man diese Sammlung, die sicherlich einiges Volumen aufweist, zumindest einmal durchforscht, denn auch dort könnten ja bereits Unterlagen vorhanden sein auf Fragen, die jetzt wieder anfallen. Es nimmt uns Wunder, was für Signale vom Grundeigentümer kommen. Es hat keinen Wert, wenn wir die allerschönsten Pläne finanzieren für Leute, die jetzt schon sagen, dass kein Interesse vorhanden ist. Dann kann ich es nicht unterlassen um wieder einmal zu sagen, dass wir hier Stellen eingespart haben und das führt dazu, sobald die Gemeinde über den Tellerrand schauen muss, dass sie dann personell überfordert ist und somit Dienstleistungen von auswärts einkaufen muss und es wird sich niemand vorstellen, dass die Generis AG billiger arbeitet.

ER Marcel Stettler (CVP)

Die CVP begrüsst diesen Bericht und Antrag "arc actuel" und findet es die richtige Vorgehensweise. Die Attraktivierung der Gemeinde ist wichtig und ist aus unserer Sicht unumgänglich und auch zukunftsweisend. Einige Punkte möchte ich noch genauer anschauen. Rein aus der Finanzierungssicht bin ich nicht sicher ob die Mittel für alle diese möglichen Planungsprojekte ausreichen werden. Gibt es weitere Möglichkeiten für die einzelnen Projekte spezifische RSE-Anträge zu stellen oder ist der Zuschuss eine einmalige Finanzhilfe? Der Antrag aus den Reihen der FDP unterstützt die CVP, die Erhöhung um diese Fr. 40'000.00. Weiter bin ich mir nicht sicher, ob alle Standorte gefunden sind bei denen ein solches Projekt durchgeführt werden könnte. So sehe ich zum Beispiel nirgends die Region der Gärtnerei aufgeschrieben. Ich könnte mir vorstellen, dass auch dieses Gebiet sehr interessant sein könnte für ein Entwicklungsprojekt. Die CVP wird auf den Bericht und Antrag eintreten und zustimmen.



ER Urs Hinnen (ÖBS)

Wir denken, Neuhausen am Rheinfall hat Entwicklungspotential. Das lenkt klar nach innen. Wir haben sonst kaum mehr Reserven um uns weiterzuentwickeln. Also bedeutet das, wir müssen verdichten und das ist ein wichtiges Anliegen unsererseits. Ich bin auch sehr froh, dass man das auch von anderen Parteien hört, dass die Verdichtung in Agglomerationsgemeinden, die gut erschlossen sind, wichtig ist. Ich denke, wir sollten das Fass nicht überladen und noch andere Teile miteinbeziehen. Es ist wichtig, dass man sich hier für das Zentrum einsetzt. Die ÖBS ist sicherlich für dieses Geschäft und wird diesem Antrag zustimmen.

GP Stephan Rawlyer

Ich danke Ihnen sehr für die wohlwollende Aufnahme dieses Berichts und Antrages. Es sind alle Redner der Ansicht, es ist wirklich eine Chance für Neuhausen am Rheinfall und sollten uns diese nicht entgehen lassen. Wir werden tatsächlich hier viele interessante Aspekte entdecken. Der Gemeinderat hat sich kurz unterhalten. Er hat grosses Verständnis für den Antrag der FDP, Fr. 40'000.00 zusätzlich bewilligen zu lassen. Für die Bereiche Pontonierhaus oder Rheinufer. Vorab muss ich Sie darauf hinweisen, dass RSE-Gelder und auch Gelder aus dem Generationenfonds nur erhältlich sind, wenn es um Projekte geht, die nicht nur die Gemeinde betreffen sondern auch über die Gemeinde hinaus gehen. Wenn es eine Ausstrahlung hat und da habe ich doch etwelche Bedenken, dass wir noch zusätzliches Geld bekommen würden. Die Fr. 40'000.00 würden sicherlich erlauben, dieses Gebiet näher anzuschauen. Der Gemeinderat ist aber der Ansicht, dass bereits einige Studien vorhanden sind. Es wurde darauf hingewiesen "Giardino Lungo". Dort wurde bereits etwas entwickelt. Es ist auch darauf hinzuweisen, dass im Rahmen des Agglomerationsprojektes 2. Generation, das ist die Nachfolge, die zweite Etappe des nun aktuellen Agglomerationsprojektes dieses Gebietes. Die Grünflächen, die insbesondere einen Schwerpunkt bilden werden des Vereins Agglomeration Schaffhausen. Wir sind daher der Ansicht, dass diese Aufstockung, so gut sie gemeint ist, eigentlich hier nicht erforderlich ist. Selbstverständlich sind Sie aber frei, ungeachtet unseres Antrags, den Betrag trotzdem zu bewilligen. Ob wir ihn dann ausgeben werden oder nicht, das wird sich dann noch zeigen. Ich bin sehr froh, querbeet von allen Parteien gehört zu haben, wir müssen uns nach innen verdichten. Es ist etwas, das der Gemeinderat schon seit einigen Jahren sagt. Neuhausen am Rheinfall will nicht in grossem Mass noch Flächen einzonen z.B. bis zum Schiessstand und sogar bis zu ER Christian Schwyn (SVP). Es ist nicht beabsichtigt, dort noch ein Wohngebiet zu machen, sondern wir möchten uns nach innen richten. Spätere Generationen können das dann wieder anders entscheiden. Damit befinden wir uns in absoluter Übereinstimmung mit dem Raumkonzept Schweiz, das jüngst von der BR Doris Leuthard vorgestellt wurde. Wir befinden uns aber auch in Übereinstimmung mit dem Richtplan des Kantons Schaffhausen, der zurzeit in Totalrevision ist. Wir können sagen, wir haben uns in Neuhausen am Rheinfall schon seit Jahren in die richtige Richtung orientiert. Wir haben nicht geplant in die Fläche zu gehen, sondern wir versuchen optimal unseren beschränkten Boden auszunutzen. Zur Frage der CVP, ob die Mittel reichen: Ich denke, wir müssen uns an die Decke strecken. Es ist doch ein rechter Betrag, mit dem doch einiges gemacht werden kann. Andererseits ist auch darauf hinzuweisen, dass z.B. beim Projekt Burgunwiese auch die privaten Investoren und Grundeigentümer sich beteiligen müssen. Sie werden sich auch in entsprechendem Umfang finanziell oder mit Dienstleistungen, wenn sie das können, beteiligen. Zum Interesse der Grundeigentümer? Frage der SP. Da muss man jedes Projekt separat anschauen. Bei Projekt 1, 2 und 3 ist das Interesse sehr hoch zum Teil ist das ja die Gemeinde selbst. Vor allem Projekt 1 und Projekt 3. Projekt 2 wissen wir von verschiedenen Investoren, dass Interesse vorhanden ist und auch die Grundeigentümer versuchen, die Liegenschaften zu verkaufen. Dass man sich aber aus verschiedenen Gründen noch nicht gefunden hat. Im Projekt 4 ist es natürlich ein Teil die Aufgabe, die Grundeigentümer wieder darauf aufmerksam zu machen, dass es aktuell vielleicht kein Problem darstellt, wenn man einen Block ohne Lift hat, aber wenn man das in



5 Jahren wieder anschaut, es völlig anders ausschaut und dass das möglicherweise in 10 Jahren ein kaum mehr zu bewältigendes Problem sein wird, wenn man nicht den Standard hat, der dann gefordert wird. Ich denke es gehört auch dazu, dass wir dieses Bewusstsein wecken und ob man da nicht Lösungen finden kann. Ich denke auch, das Projekt 4 hat einen anderen Charakter als das Projekt 1 und 3. Es geht ja nicht um eine konkrete Planung. Wir wollen ja nicht Lifte und Wohnungsgrundrisse und grössere Balkone konzipieren und planen, sondern wir wollen die Leute dafür sensibilisieren, dass sie möglicherweise in den nächsten Jahren ein Problem bekommen könnten und dass sie möglicherweise Geld auf der Strasse liegen lassen, wenn sie nicht in den nächsten Jahren investieren. Gerne beantworte ich selbstverständlich noch weitere Fragen, falls diese dann bei der Detailberatung noch auftauchen sollten.

ER Markus Anderegg (FDP)

Es ging der FDP bei diesem Antrag überhaupt nicht darum, den Kredit aufzustocken. Eigentlich ging es um die Kernfrage, dass die Grünräume bei der inneren Verdichtung nicht zu kurz kommen. Das war unsere Sorge. Ich muss auch darauf hinweisen, dass wenn sich die Geschichte weiterentwickelt diese Volksabstimmungen mit sich zieht und ich habe heute schon mehrere Male festgestellt, dass die Leute auf innere Verdichtung sehr skeptisch reagieren, die uns zu diesen Projekten letztendlich ja auch zustimmen müssen. Wenn sie hören, dass jetzt noch mehr verdichtet wird und höher gebaut wird, was aktuell gerade beim Neubau vis-à-vis vom Denner geschieht, gibt es schon kritische Stimmen, dass immer dichter gebaut wird und letztendlich keine Luft mehr übrig bleibt. Das ist die Sorge, die wir bei der FDP tragen. Ich möchte in diesem Sinne doch beliebt machen oder eigentlich das Votum von ER Jakob Walter (parteilos) aufnehmen, dass es ja schon einiges gibt, was beim Rheinufer geplant worden ist, dass man das wieder hervorholt und diese Grünräume ohne Krediterweiterung in die Vorlage aufnimmt. Einfach in dem Sinne, als Teilprojekt 5, dass diese Grünräume nicht ausser Acht gelassen werden, sondern dass sie miteinbezogen werden mit diesen Projekten, die schon vorhanden sind oder allenfalls auch neuen Ideen. Das kann ja nicht soviel kosten! Wir würden unseren Antrag von der FDP entsprechend umändern.

GP Stephan Rawyler

Es ist klar, dort wo verdichtet wird braucht es auch das Gegenstück der Entdichtung. Es braucht die Durchgrünung. Das wurde von der SVP auch zutreffend erwähnt und es ist ganz klar, wir schauen auch, dort wo wir Verdichten, wo kann man sich auch wieder entspannen, wo gibt es Kinderspielplätze etc. Wir nehmen das in diesem Sinne sicherlich auf. Wir können aber nicht eine eigentliche Planung des ganzen Rheinufers machen; man muss sich auch mal die Länge vergegenwärtigen. Wenn Sie nur schon von der A4 Brücke bis zum eisernen Steg oder gar bis zur Eisenbahnbrücke gehen wollen, dann ist das eine beachtliche Distanz und ich frage mich, was kostet denn das in der Umsetzung? Einen schönen Plan machen und Ihnen eine schöne Zeichnung präsentieren und sagen das kostet x Millionen, das würde ich ehrlich gesagt nicht als seriöse Prüfung anschauen, sondern das wäre einfach den Speck durch den Mund gezogen und am Schluss müsste man sagen, das können wir uns gar nicht leisten. Vielleicht gibt es kleine Massnahmen. Da sind wir sicherlich bereit, diese auch umzusetzen, sofern uns dies möglich ist.



Detailberatung:

ER Marco Torsello (FDP)

Seite 3:

ER Marco Torsello (FDP) stellt den Antrag folgenden Punkt noch einzufügen:

Antrag: Punkt 3.5: Rheinufer Neuhausen (ohne Krediterhöhung) einfügen.

Dieser Antrag wird mit 11 : 2 Stimmen bei 5 Enthaltungen gutgeheissen.

Dieser Punkt wird somit noch zusätzlich eingefügt.

Antrag:

Für das Projekt "arc actuel" wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Kredit von Fr. 160'000.00 bewilligt.

Der Antrag wird mit 18 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 3 Bericht und Antrag betreffend die Teilrevision der Abfallverordnung

Der Bericht und Antrag betreffend Teilrevision der Abfallverordnung geht zurück an den Einwohnerrat mit dem Kommentar des Kommissionspräsidenten, die Änderungen zu genehmigen sowie den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen. Die Kommissionsmitglieder haben diesem Beschluss mit 6 : 1 zugestimmt.

ER Arnold Isliker (SVP)

Als Kommissionspräsident erlaube ich mir einige Gedanken anzubringen. Eine der wohl umstrittensten Vorlagen seit langem wurde von uns 7 Kommissionsmitgliedern in 4 Sitzungen beraten und diskutiert, welche mehrheitlich gegen 1 Stimme gutgeheissen wurde. Wir können es drehen und wenden wie wir wollen, dass die Abfallgebühren verursachergerecht weiterverrechnet werden müssen, ist nicht auf unserem "Mist" gewachsen. Wer der "Diktator" ist, brauche ich nicht noch genauer zu erklären. Wir haben versucht, die Tarife und Gebühren so moderat wie möglich zu gestalten, damit alle Fraktionen, wenn auch mit der Faust im Sack, demselben zustimmen können. Würden die Sackgebühren gesenkt, müssten deshalb die Grundgebühren angehoben werden, damit wir eine für alle annehmbare Gebührendeckung erreichen. Sollte in naher Zukunft die Zusammenführung der beiden Werke Schaffhausen und Neuhausen vollzogen werden, wird sich weisen, ob der restliche Fehlbetrag über Synergien abgegolten werden kann. Dass dabei der "Otto-Normalverbraucher" einigermaßen kostenneutral (Anhebung Grundgebühr, Senkung Sackgebühr) davon kommt, ist zu begrüßen. Einzig, dass das Gewerbe tiefer in die Tasche greifen muss, (auch ich bin dabei betroffen und es freut mich ebenso wenig) ist Tatsache. Wurden doch die Tarife mit der Stadt Schaffhausen verglichen und angepasst, mussten wir feststellen, dass eben dieselbe mit anderen, für uns undurchschaubare Abschreibungsmoden der Abfallbeseitigung figuriert. Wir aber wollen Transparenz und haben uns für diesen Weg entschieden. Dass aber nun in der nachfolgenden Diskussion der Antrag auf Senkung von 1 % Steuern gestellt werden, gibt mir zu denken. Ist doch die tatsächliche Belastung gerade ein ½ Steuerprozent. Im Übrigen wurde im Budget bereits ein Betrag von Fr. 130'000.00 berücksichtigt. Was ist schon ein Steuerprozent für ein KMU'ler, der heute wegen des Preiskampfes, gerade auch bei öffentlichen Vergaben, froh ist, dass er über die Runden kommt und jährlich ein paar Tausend Franken Reingewinn erwirtschaften kann. Die mittleren und die Grossbetriebe, welche übrigens eine eigene Abfallbewirtschaftung haben und somit keine Grundgebühren bezahlen, würden damit wieder profitieren. Ich bin gespannt mit welchen Mitteln unser Finanzer über die Runden kommen soll, wenn die vom Kanton vorgelegte Steuergesetzesrevision zum tragen kommen sollte. Fr. 1.7 Mio. und Steuersenkung 1 % = Fr. 2 Mio. bei einem schon angespannten Steuerbudget, von den Schulden wollen wir schon gar nicht reden. Neue Kehrtraktfahrzeuge, Autodrehleiter, Schulhaus-Neubau, Altersheim-Sanierung, defekte Strassenzüge (Zentralstrasse desolater Zustand) der Wunschkatalog liesse sich erweitern. Sie werden noch staunen, was für Nachtragskredite auf uns zukommen, über Sachen, die einfach hinausgeschoben werden. Dass Wegziehen der Betriebe, natürlich kommen auch wieder Neue (gibt aber ein Vakuum), Steuerlöcher hinterlassen, zeigt das jüngste Beispiel. Wo sollen wir denn noch sparen meine Damen und Herren? Beim Personal, ist nicht zumutbar, höre ich von der gegenüber Seite, was auch verständlich ist. Altersheime, Spitex, Blumenschmuck im Dorf, saubere Strassen, sowie geregelte Kehrtraktabfuhr sind im Standard, an den wir uns gewöhnt sind und auch nicht aufgeben wollen. Beiträge an Vereine, Linie 7, Rheinfallbeleuchtung, Stadion Langriet, müssten in Frage gestellt werden. Oder doch? Könnten Sie sich vorstellen, dass die Kehrtraktabfuhr nur noch 14-täglich stattfindet, dass die Strassen nur noch alle 2 Monate gereinigt würden? Littering am Strassenrand lässt grüssen, dass die Versorgung in den Altersheimen angepasst oder eben dort die Gebühren erhöht werden müssten, unser Schul- und Bildungswesen abgebaut werden müssten. Wollen Sie das wirklich? Das Referendum zu ergreifen ist einfach, den Ball an den Gemeinderat



zurückzuschieben wäre eine Lösung auf Zeit. Wollen wir uns wie der National- und Ständerat mit der Abzocker-Initiative vor dem Volk blamieren? Meine Damen und Herren, lassen Sie den gesunden Menschenverstand walten und stehen Sie zu einer gut funktionierenden Gemeinde. Ich bitte Sie deshalb, der vorgeschlagenen Version der Gebühren- und Abfallverordnung zuzustimmen und zum Wohl unserer Gemeinde eine Steuerfuss-Senkung abzulehnen. Über eine solche könnte in einem späteren Zeitpunkt nachgedacht werden, wenn sich die Pilotanlage KBA bewährt hat und die Kosten der Abfallbeseitigung massiv gesenkt werden können. Nebenbei, Thayngen diskutiert über einen Leistungsabbau, da die Steuerfusserhöhung abgelehnt wurde, eben wegen fehlender Steuersubstrate von Grossbetrieben. Ich spreche auch im Namen der SVP und brauche demnach nicht noch einmal auf mein vorheriges Statement einzugehen. Die Fraktion ist momentan noch gespalten und wird dementsprechend der Vorlage zustimmen.

GP Stephan Rawlyer

Der Kommissionspräsident hat die Situation bereits umfassend dargestellt. Es ist in der Tat so, es gibt Geschäfte, mit denen gewinnen Sie keinen Blumentopf, da werden Sie nicht populär und machen auch niemandem Freude, ausser Sie ergreifen das Referendum. Bei der Frage des Abfalls ist die Meinung völlig klar, niemand will dafür etwas bezahlen aber auf eidgenössischer Ebene hat man seinerzeit dem Umweltgesetz zugestimmt und damit auch dem Verursacherprinzip und dem vollen Kostendeckungsprinzip hatte man zugestimmt. Es gibt vielleicht Gebiete in der Westschweiz, die das nicht so ganz ernst nehmen mit der Bundestreue, aber in der Ostschweiz sind wir wirklich konsequent. Wir sind aber nicht gar so konsequent, wie es sogar andere Gemeinden sind. Den Tarif musste man ja auch noch dem Preisüberwacher zusenden und der hat mich etwas erstaunt angerufen und gefragt: Wie sieht das denn aus, Sie haben ja gar keine volle Kostendeckung? Ich habe gesagt, das ist das, was ich politisch vielleicht durchbringe. Mehr bringe ich nicht durch. Dann meinte er: Im Kanton Bern wäre das nicht möglich! Dort ist es ganz klar, 100 % Kostendeckung und sonst wird nichts bewilligt. Aber die positive Nachricht, der Preisüberwacher hat nichts einzuwenden gegen die Tarifierung. Als Sie den Bericht und Antrag im Sommer 2010 erhalten haben, war es eigentlich eine relativ schlanke Vorlage. Nachdem ich dieses Geschäft übernommen habe zufolge des Referatswechsels habe ich gesehen, dass sich die Abfallverordnung doch wesentlich tiefer ändern muss und das hat sich auch bestätigt in der Beratung der Kommission und dort hat sich eigentlich eine Grundtendenz herausgestellt. Man sucht inhaltlich und teilweise auch formell eine Anlehnung an die Regelung der Stadt Schaffhausen. Namentlich der Bereich der Grundgebühr. Es ist 1 : 1 demjenigen, was in der Stadt Schaffhausen genehmigt wurde. Das bedeutete für alle Kommissionsmitglieder, die zum Schluss zugestimmt haben, eine ganz grosse Kröte zu schlucken. Es gibt nämlich jene die sagen, Gebühren wollen wir keine, das soll alles über die Steuern bezahlt werden, ungeachtet was das eidgenössische Recht sagt, brauchen wir eigentlich nicht respektive wir haben heute schon einen Kostendeckungsgrad, der sich sehen lässt. Es braucht gar nicht mehr. Und wir haben auf der anderen Seite diejenigen, die sagen, wenn es keine Steuersenkung gibt, dann gibt's von uns nichts. Jetzt müssen Sie sehen, der Gemeinderat steht dazwischen. Er hat eine Aufgabe, von der Regierungsrätin Ursula Hafner-Wipf einen Brief auf dem Tisch, man müsse eine Kostendeckung erreichen. Auf der anderen Seite hat er eine Kommission, die sich in den Haaren liegt. Immer wieder davon spricht, die Übung abzubrechen. Man muss eine Lösung finden. Ich bin eigentlich überzeugt davon, dass wir einen gangbaren Weg gefunden haben. Selbstverständlich jeder in diesem Saal findet darin ein Haar, das ihm nicht passt. Ich bin auch davon überzeugt, der Kommissionspräsident hat es bereits angedeutet, es ist keine grosse Mühe, hier ein Referendum zustande zu bringen. Von welcher Seite das auch immer kommen mag. Ich kann Ihnen auch sagen, wie die Abstimmung ausgehen wird. Es gibt keine Gemeinde, die den Tarif der Abfallverordnung angenommen hat, auch im Kanton Schaffhausen nicht und wir werden sicherlich keine Ausnahme sein. Wir hatten vor ungefähr 10 Jahren bereits mal eine Abstimmung in diesem Bereich. Sie ist hochkant vom Volk abgelehnt worden. Ich denke, hier würde sich ein ähnliches Ergebnis anbieten.



Das ändert aber nichts an Ihrer Aufgabe, eine bundeskompatible Lösung zu finden, die politisch von beiden und allen Lagern getragen wird. Das ist leider nicht ganz so einfach. Die Kommission hat sich wirklich in diese Materie hineingekniet. Wir haben geschaut, was gibt es für Möglichkeiten, könnte man es ganz anders anpacken? Sollen wir das Trennprinzip aufheben? Soll man ein Teil der Entsorgung so machen, dass jeder selbst seinen Grünabfall entsorgen muss? Jeder fährt mit seinem Grünabfall irgendwo hin. Kommt das billiger? Wir haben das alles geprüft und sind am Schluss nach diverse Kurven und Wendungen bei dem Ihnen nun vorliegenden Vorschlag gelandet. Ich gebe zu mit dem ursprünglichen Antrag ist eigentlich nur noch die Begründung übereinstimmend aber die Deutlichkeit und die Tiefe der Revision geht natürlich noch viel weiter. Die Vorprüfung beim Departement des Innern bezüglich des Tarifs aber auch der Verordnung, soweit der Tarif relevant ist, ist erfolgt. Es hat eine ganz kleine Änderung gegeben, die ich Ihnen heute Abend habe verteilen lassen. Es ist eine neue Verordnung in Kraft getreten. Das ist uns entgangen. Wir bitten Sie dafür um Entschuldigung. Materiell hat sich aber nichts geändert. Wie sieht die Belastung für die einzelnen Personen aus? Die Grundgebühr geht hinauf. Das widerspricht grundsätzlich dem Verursacherprinzip. Rechtlich müsste man möglichst eine tiefe Grundgebühr haben. Die Grundgebühr ist aber auch die Entschädigung, dass wir überhaupt eine Leistung erbringen und zur Verfügung stellen. Man hat tatsächlich jede Woche die theoretische Möglichkeit den Abfall rauszustellen. Es ist nichts anderes eigentlich, als das Halbtaxabonnement der SBB. Mit dem Halbtaxabonnement haben Sie die Möglichkeit mit dem Zug zu fahren und mit der Grundgebühr haben Sie die Berechtigung, den Abfall rauszustellen. Die Höhe der Gebühr, hier liegt eine gewisse Senkung drinnen. Wir sind etwas teurer als die Stadt Schaffhausen, aber gegenüber heute gibt es eine gewisse Entlastung. Im Vorfeld ist zu mir gedrungen, dass die Belastung für das Gewerbe übermässig sei und da bitte ich Sie doch in einem ruhigen Moment nochmals den Tarif hervorzunehmen. Die Grundgebühr, wenn wir schauen von welchen Beträgen wir sprechen, sehen wir wirklich einen Bereich in dem wir sagen müssen, die Aufregung lohnt sich eigentlich gar nicht sondern das hat man eigentlich relativ rasch wieder drin, vor allem sind es die genau gleichen Gebühren, die das Gewerbe in der Stadt Schaffhausen bezahlt. Es gibt eigentlich keinen Grund, weshalb die Gebühren in der Stadt Schaffhausen erträglich sein sollen und die genau gleichen Gebühren bei uns nicht! Da brauche ich dann schon noch eine genau Erklärung. Ich denke, mit dieser Art und Weise, wie wir das machen sind wir eigentlich auf einem guten Weg. Ich darf Sie auch darauf hinweisen. Wir verlangen die Grundgebühr und Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen nur dann, wenn sie tatsächlich über die Gemeinde entsorgen. Die Stadt Schaffhausen verlangt es immer, ungeachtet ob sie selbst oder über die Stadt Schaffhausen entsorgen. Das ist also ein Unterschied. Hier werden die Industrie, das Gewerbe und die Dienstleistungen klar bevorzugt. In der Verordnung noch eingeflossen sind gewisse Änderungen im Bereich der Luftreinhalteverordnung. Das ist ja bald ein Geschäft, wenn Sie ein Feuer anzünden, brauchen Sie einen Anwalt, der immer überprüfen muss, darf ich ein Feuer anzünden und wie darf ich das Feuer anzünden? Hier haben wir auch gewisse Änderungen aufgenommen, die die aktuelle Gesetzgebung wiedergeben und die sind mit dieser Revision verbunden. Es ist mir klar, das ist untergeordnetes Thema. Ich möchte Sie einfach darauf hinweisen, dass wir das aufgenommen haben. Ich bitte Sie, auf das Geschäft einzutreten und diesem dann auch zuzustimmen. Besten Dank.

Eintretensdebatte:

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Für die CVP ist unbestritten, dass die Abfallgebühren verursachergerecht bezahlt werden müssen. Wir sind aber der Meinung, dass wenn die Grundgebühr um 50 % erhöht wird, die Neuhauserinnen und Neuhauser das Recht haben auf eine Steuerkompensation. Die Erhöhung der Gebühren ohne



Kompensation ist für die Fraktion der CVP eine versteckte Steuererhöhung, die wir so nicht akzeptieren können und stellt darum den Antrag, den Steuerfuss um 1 % zu senken.

Antrag:

Wir stellen den Antrag, dass die Grundgebührenerhöhung im Abfallwesen durch eine Steuerreduktion kompensiert wird.

Es würde uns freuen, wenn Sie diesen Antrag unterstützen könnten, ansonsten wird die CVP das Referendum gegen die neue Abfallverordnung ergreifen.

ER August Hafner (SP)

Die Kommission hat den Bericht und Antrag des Gemeinderates vom 2. Juni 2010 intensiv bearbeitet. Zum einen wurde an der Abfallverordnung mehr geändert, als das vom Gemeinderat vorgesehen war. So wurden die Grundsätze der Gebührenerhebung in Art. 25 Abs. 1 und Art. 26 materiell an die Abfallverordnung der Stadt Schaffhausen angeglichen. Zum anderen wurde über die Revisionsabsichten des Gemeinderates hinaus auch der Tarif für den Verkauf von Gebührenmarken geändert, indem die Sackgebührenpreise gesenkt wurden. Einzig der Tarif für die Grundgebühr wurde so übernommen, wie es uns der Gemeinderat vorgeschlagen hat. Der Tarif für die Grundgebühr entspricht nun genau jenem der Stadt Schaffhausen. Folge davon ist, dass unter dem Titel Grundgebühr Mehreinnahmen von jährlich rund Fr. 160'000.00 erzielt werden. Das verbessert zwar die im Abfallwesen geforderte Kostendeckung. Die SP-Vertreter in der Kommission störten sich aber daran, dass dadurch im Ergebnis Ausgaben, die bis heute mit Steuermitteln finanziert wurden, neu auf tendenziell unsoziale Gebühren umgelagert werden sollen. Wir forderten deshalb eine Kompensation im Gebührenbereich und machten uns dafür stark, die Neuhauser Sackgebühren auf das tiefere Niveau der Stadt Schaffhausen zu senken. Dieser Forderung lag folgende Logik zugrunde: Wenn die Grundgebühr mit der Stadt kompatibel gemacht und deshalb erhöht wird, dann sollen auch die Sackgebührenpreise in Neuhausen und in der Stadt gleich sein. Diese Maximalforderung, die immerhin auch noch zu Mehreinnahmen von Fr. 77'000.00 geführt hätte, fand jedoch in der Kommission keine Mehrheit. Anerkannt wurde aber schliesslich, dass eine gewisse Kompensation gewährt werden muss, nicht zuletzt um ein Referendum zu verhindern. Der in der Kommission breit abgestützte Kompromiss besteht nun darin, dass die Sackgebühren wenigstens leicht gesenkt werden. So sinkt der Preis für den 35-Liter-Sack von heute Fr. 2.35 auf neu Fr. 2.15; im gleichen Verhältnis sinken die anderen Gebührenmarkenpreise. Damit fliessen aus dem Mehrertrag der Grundgebühr von ca. Fr. 160'000.00 rund Fr. 40'000.00 über die reduzierte Sackgebühr an die Bevölkerung zurück. Diese Kompromisslösung ist in der SP-Fraktion wie erwartet nicht einmal auf mittelprächtige Begeisterung gestossen. Die Mehrheit der SP-Fraktion wird der Teilrevision der Abfallverordnung in der Fassung der Kommission trotzdem zustimmen, ebenso den neuen Tarifen für die Grundgebühr und für den Verkauf von Gebührenmarken.

Hier noch kurz eine Bemerkung zum Antrag der CVP. Es wundert mich, dass dieser Antrag jetzt so gestellt wird. Es wundert mich vor allem auch das Unwissen darüber, dass heute nicht ein Steuerfuss zur Debatte steht. Das machen wir dann mit dem Budget im November oder Dezember, sondern es geht hier darum eine Abfallverordnung zu verabschieden. Ich möchte Ihnen schon beliebt machen, verbinden Sie dieses Geschäft jetzt nicht mit sachfremden Komponenten, über die wir heute gar nicht abstimmen können.

ER Felix Tenger (FDP)

Seit vielen Jahren wird bemängelt dass der Grünabfall nicht kostendeckend ist. Aber bereits hier gehen die Ansichten auseinander, ob und inwieweit wirklich Kostendeckung vorgeschrieben ist. Aber



sei's drum: Wir sind mit dem Ziel in die Kommissionsarbeit gestiegen, eine möglichst vollständige Kostendeckung für die Grünabfälle zu erreichen. Wir haben es uns in der Kommission nicht einfach gemacht. Diejenigen, die dabei waren, können das sicherlich bestätigen. Wir haben diverse Wendungen und Drehungen gemacht und herausgekommen ist jetzt ein – ich muss das so sagen – Murks, der meiner Meinung nach niemandem etwas bringt. Was beinhaltet die vorliegende Vorlage, die Ihnen jetzt vorliegt?

Die Kostendeckung im Grünabfall wird nicht erreicht, sondern sie wird lediglich um ca. Fr. 130'000.00 erhöht. Das primäre Ziel der Kostendeckung ist somit nicht erreicht, hier sind wir meines Erachtens nicht wirklich weitergekommen. Neu werden höhere Grundgebühren und weniger hohe Sackgebühren vorgeschlagen. Das heisst nichts anderes als dass der jahrelang verfolgte Weg für verursachergerechte Gebühren jetzt verlassen wird. Es soll also nicht derjenige mehr zahlen, der mehr Kosten verursacht, sondern die Kosten sollen flächendeckend über alle hinweg erhöht werden. Wo bleibt da die Verursachergerechtigkeit? Da kommen sich ja alle Abfallvermeider und -trenner verschaukelt vor. Die Glaubwürdigkeit der Politik wird so aufs Spiel gesetzt. Jetzt könnte man ja noch sagen, dass man via Steuerfussenkung diese Ungerechtigkeit wieder etwas mindern könnte. Die höheren Gebühren und somit Mehreinnahmen der Gemeinde entsprechend etwa einem halben Steuerprozent. Nachdem uns die Bauverwaltung in der Kommission versichert hat, dass durch vermehrte Zusammenarbeit mit der Stadt noch Einsparungen möglich sind, habe ich in der Kommission einen Antrag auf eine Kompensation der Mehrbelastung durch eine Steuerfussreduktion gestellt. Nun, eine Kommissionsmehrheit wollte nichts davon wissen. Das heisst aber nichts anderes, als dass der Neuhauser Einwohner mehr bezahlen muss, ohne dafür einen Mehrwert zu erhalten. Ich finde dies nicht richtig und werde deshalb auch in diesem Rat einen Antrag zur Kompensation via Steuerfuss stellen und zwar mittels Reduktion um 1 %. Ich bin der Meinung, dass die Einwohner und Gewerbetreibenden von Neuhausen durch die neue Abfallverordnung insgesamt nicht mehr belastet werden dürfen. Eine Kompensation der Gebührenerhöhung mit einer Steuerfussenkung ist nicht nur möglich, sondern auch angebracht. Das einzige Positive, das ich dieser Vorlage abgewinnen kann, ist die Angleichung der Verordnung an die Verordnung der Stadt Schaffhausen. Das freut sicherlich die Juristen, aber für das hätte man nicht vier Kommissionssitzungen machen müssen, da kann ich nur sagen, der Berg hat hier eine Maus geboren.

Zusammenfassend kann ich sagen:

Die vorliegende Vorlage bringt uns der Kostendeckung kaum näher, geht in die falsche Richtung und bringt den Einwohnern von Neuhausen zusätzliche finanzielle Belastungen. Sollte unser Antrag für Kompensation scheitern, wird deshalb mit grosser Wahrscheinlichkeit das Neuhauser Stimmvolk das letzte Wort haben.

ER Peter Schmid (SVP)

Wie der Kommissionspräsident schon richtig bemerkt hat, ist die SVP gespalten. Ich habe einmal die gültigen und die geplanten Gebühren miteinander verglichen. Die alten Gebühren, als Beispiel bei einem 4 Personenhaushalt, betragen jetzt Fr. 55.00 pro Jahr, neu werden das Fr. 148.00 sein. Dies ist fast eine Verdreifachung der Gebühren für Familien und wenn man die Sackgebühr um Fr. 0.20 senkt, macht das pro Familie nur ca. Fr. 20.00 pro Jahr. Auch das Gewerbe trifft es wieder sehr hart. Die Gebühren für Betriebe alt bei kleinen Abfallmengen Fr. 70.00 und neu bis Fr. 200.00, mittlere Abfallmengen alt Fr. 120.00, neu bis Fr. 750.00, bei grossen Abfallmengen alt Fr. 200.00 und neu bis Fr. 1'250.00. Ich kann im Namen des Gewerbes und nach Rücksprache mit Gewerblern die zu starke Erhöhung der Grundgebühren nicht akzeptieren und lehne diese Teilrevision der Abfallverordnung ab. Ich bitte Sie meine Ablehnung zu verstehen. Auf der einen Seite ist es mir eigentlich völlig klar, dass die Abfallentsorgung kostendeckend sein muss; auf der anderen Seite vertrete ich als Präsident des Neuhauser Gewerbes meine Mitglieder und es kann nicht sein, dass diese schon wieder zur



Kasse gebeten werden. Man kann nicht innerhalb einer Revision der Abfallverordnung all das nachholen, was man jahrelang verpasst hat, nämlich regelmässige moderate Erhöhungen und Teuerungsanpassungen. Wie der Gemeindepräsident richtig bemerkt hat, sind die neuen Gebühren für das Gewerbe in Neuhausen am Rheinfall gleich hoch wie in Schaffhausen, aber es könnte ja sein, dass die Gebühren in Schaffhausen über Jahre auf dieses Niveau angepasst wurden und nicht wie in Neuhausen am Rheinfall innerhalb einer Revision.

ER Lenz Furrer (ÖBS)

Es wurden widersprüchliche Aussagen gemacht über die zwei Dinge, die von oben herab gefordert sind. Das eine ist, der Kostendeckungsgrad, dem wir uns bekanntlich etwas annähern und das andere ist die Verursachergerechtigkeit. Die zwei hängen nicht direkt zusammen und Tatsache ist vor allem, dass wir uns von der Verursachergerechtigkeit entfernen. Eine verursachergerechte Erhebung der Tarife ist meiner Meinung dann vorhanden, wenn die Menge berücksichtigt wird, die produziert wird. Das ist nicht bei den Steuern und bei den Grundgebühren der Fall aber bei der Sackgebühr trifft das zu. Wenn wir jetzt die Grundgebühren erhöhen und die Sackgebühren senken, dann entfernen wir uns von der Verursachergerechtigkeit. Es ist mir nicht klar, warum mit dieser Vorlage der Regierungsrat dann zufriedener sein soll als der Status Quo. Aber ich muss das zur Kenntnis nehmen. Die ÖBS ist nicht besonders begeistert von dieser Vorlage und ich kann auch ER Felix Tenger (FDP) zustimmen, dass es auch mir wie ein Murks vorkommt. Ich bin aber der Meinung, dass wir hier im Sinn der Sache dieser Vorlage zustimmen sollten und uns an das eidgenössische Recht halten, das wir nun schon einige Zeit verletzen. Noch ein Wort zur Steuerreduktion. Ich kann nicht ganz nachvollziehen, wenn im gleichen Satz von Verursachergerechtigkeit und von Steuerfussreduktion gesprochen werden kann. Das hat ja gar nichts miteinander zu tun!

ER Arnold Isliker (SVP)

Ich bin schon etwas konsterniert über die einzelnen Voten. ER August Hafner (SP) hat es eigentlich sehr gut erklärt, wie die Entlastung stattfindet. Der Kleine profitiert davon, man hat die Sackgebühr moderat nach unten angepasst. Es geht ja um die Entsorgung der Grünabfälle, damit diese kostendeckend sind. Wie wir dann auf diesen Murks, auf den ich eigentlich keine Lösung finde und auch keine höre von den anderen Seiten, die Abfallgebühren und Gebühren bewerkstelligen sollen, ausser dass wir den Ball wieder an den Gemeinderat schieben und dass der wieder eine neue Vorlage ausarbeitet und wir in zwei Jahren wieder hier sitzen und das gleiche Prozedere wieder durchjassen, das kann ich nicht verstehen. Machen wir doch heute Nägel mit Köpfen. Entweder müssen wir eine Sackgebühr für die Grünabfuhr einführen, dann können wir auch die Grundgebühr für die Haushalte wieder senken, aber dann bezahlen wir für den Sack oder die Staude, die abgeführt werden muss. Es ist alles mit Mehraufwand verbunden. Ein mittleres Gewerbe mit 10 Angestellten, wenn der im Monat nicht Fr. 10.00 mehr verkraften kann, ist das für mich fragwürdig. Ich begreife Dich, dass Du als Vertreter vom Gewerbeverband dumm da stehst aber Du kannst ja einmal im Monat in den Container stehen und dann kannst Du alles zusammenstampfen und damit Kosten gespart. Auch den Bockmist, wie ich das schon erwähnt habe mit Steuersenkungen ist hier eigentlich nicht am Platz. Wenn dann die Vorlage vom Kanton noch kommt und dort auch noch Fr. 1.7 Mio. in der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall eingespart werden sollten, dann frage ich mich schon, wie unsere Gemeinde in Zukunft noch funktionieren soll, damit Ihr alle zufrieden seid. Mir persönlich ist das soviel wert, dass ich als Gewerbetreibender Fr. 10.00 pro Monat mehr bezahle. Ich appelliere an Ihre Vernunft.



ER Willi Josel (SVP)

Ich bin da umzingelt aber ich sitze so, dass mir ER Peter Schmid (SVP) den Rücken stärkt. Ich bin natürlich auch im Gewerbeverband und finde es auch fast eine Zumutung, was man dem Gewerbe zumutet. Was mir auffällt, dass man nach Betriebsangehörigen die Grundgebühr festlegt. D.h. also, wenn ein Unternehmer Arbeitsplätze schafft, was ja wichtig und sinnvoll ist, dann hat er höhere Gebühren zu entrichten, als wie derjenige, der das nicht tut. Das ist für mich ein Widerspruch. So können wir nicht fahren. Es wurde vom Gemeindepräsidenten bereits gesagt, die Grundgebühren sind ja identisch mit Schaffhausen. Wir sind Gott sei Dank auch mit dem Steuerfuss besser! Warum sollen wir das mit den Grundgebühren nicht auch sein und dem Gewerbe etwas bieten, was neue Gewerbetreibende anzieht? Warum sollten wir keine Vorteile haben? Eine Steuerreduktion ist immer gut. Da bin ich auch immer dafür, aber hier wäre das das falsche Zeichen. Ein Teil ist der Auffassung, dass man hier diesen Anträgen nicht zustimmen und die ganze Vorlage zurückweisen soll. Unklar ist für mich die Haltung der SP und ÖBS. In der Fraktion heisst es, ist man nicht dafür gewesen aber man stimmt zu! Und die anderen reden von einem Murks, aber man stimmt trotzdem zu. Ich kann das nicht verstehen. Ich werde hier im Sinne des Gewerbes nicht Ja sagen! Auch zu den Anträge betr. Steuerreduktion.

ER Jakob Walter (parteilos)

Mich hat diese ganze Geschichte auch nicht begeistert. Hatte sogar vor, demonstrativ dagegen zu stimmen, weil wirklich Schönheitsfehler vorhanden sind. So wie es jetzt tönt, was wollt Ihr eigentlich. Wenn man das jetzt beerdigt, dann bleibt alles beim Alten. Damit kann ich sehr sehr gut leben.

GP Stephan Rawyler

Ich habe mich wirklich auf die heutige Sitzung gefreut, weil ich gedacht habe, dass es eine wirklich muntere Diskussion geben wird. Jetzt kommen wirklich jene Argumente wieder auf den Tisch, die bereits in der Kommission besprochen wurden. Die auch im Volk genau so besprochen werden. Ich finde das wirklich sehr gut. Ich danke Ihnen für die Auseinandersetzung mit dieser Vorlage. Es ist kein einfaches Geschäft und ich versuche einfach auf die einzelnen Voten einzugehen. Der Kommissionspräsident hat Zustimmung eines Teils der SVP signalisiert und hat dazu Ausführungen gemacht, denen ich mich anschliessen kann. Die CVP stellt den Antrag einer Steuerreduktion. Mir ist nicht ganz klar, wie sie das machen wollen. Ich habe eigentlich ein mathematisches Problem. Ein Steuerprozent in der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall sind Fr. 270'000.00 bis Fr. 290'000.00. Wir bringen jetzt mit dieser Änderung zusätzliche Einnahmen von Fr. 120'000.00 hinzu. Wir haben ein Defizit von rd. Fr. 270'000.00 bis Fr. 290'000.00 im Grünabfall. Das hat ER Felix Tenger (FDP) zu Recht gesagt, wir sind noch ein gutes Stück weg von der Kostendeckung. Der Kanton ist aber zufrieden damit. Aber wenn wir jetzt sagen, wir wollen ein ganzes Steuerprozent, d.h. Fr. 120'000.00 sind bei der CVP gleich Fr. 270'000.00, dann komme ich mathematisch nicht draus. Das ist nicht einmal die Hälfte eines Steuerprozentes. Da muss ich ehrlich gesagt den Taschenrechner nicht hervor nehmen. Das geht nicht auf! Bei der FDP muss ich sagen, dass ich mich gegen den Begriff Murks verwahre. Die Kommission hat meines Erachtens eine gute Arbeit geleistet. Wir haben den Gesetzestext der Stadt Schaffhausen aufgenommen. Wir sind da nicht an einem grossen literarischen Werk. Wir versuchen eine gute Lösung zu finden und man merkt ja auch aus der Diskussion heraus, dass beide Seiten über den grossen eigenen Schatten springen mussten. Wir sind gesprungen und ich hoffe, dass man diesen Kompromiss wirklich findet. Ich habe Mühe mit dem Votum von Einwohnerrat und Kantonsrat Felix Tenger (FDP). Kantonsrat Felix Tenger hat am letzten Freitag die Botschaft zur Steuergesetzrevision erhalten und auch ein flüchtiger Blick in diese Unterlagen zeigt, dass Neuhausen am Rheinfall massive Steuerausfälle erwartet. 2012 ca.



Fr. 500'000.00 ab 2014 Fr. 1.2 Mio. Der Bonibeschluss ist dahingefallen. Wir können nicht damit rechnen wie in der Vergangenheit, dass relativ rasch wieder neue Firmen kommen und diese Lücken wieder ausgleichen. Da muss ich einfach sagen, wenn man das Gesamte ansieht, muss man auch dafür sorgen, dass die kommunalen Haushalte gesund bleiben und wenn man dann wieder die gleiche mathematische Rechnung macht Fr. 120'000.00 = Fr. 270'000.00 = 1 Steuerfussprozent, dann geht das einfach nicht auf. Ich kann mir nicht vorstellen, wie das möglich ist. Bestreiten muss ich, dass das Baureferat, sprich Paul Kurer als Bausekretär oder ich versprochen hätten, es gäbe Einsparungen in substantieller Höhe, wenn man mit Schaffhausen zusammenarbeitet. ER Willi Josel (SVP) hat beim letzten Geschäft gesagt, die SVP sei für das Zusammenlegen der Werkhöfe oder sei offen dafür. Da muss ich Sie einfach darauf hinweisen, machen Sie sich nicht allzu hohe Hoffnungen. Haben Sie nicht allzu hohe Befürchtungen. Je nach Standpunkt. Es lohnt sich nämlich nicht, mit einer Putzmaschine aus dem Schweizernbild hierherzufahren und hier die Strassen zu reinigen. Dann haben Sie praktisch nur Arbeitsweg. Tatsächlich ist ein ganz bescheidener Teil möglich, in dem wir zusammenarbeiten können. Das ist bei der Kehrriechtabfuhr. Dort ist das tatsächlich möglich. Jetzt kommen wir auch zum nächsten Argument von ER Willi Josel (SVP), wir müssen jetzt billiger sein. Ich finde es richtig bei den Steuern müssen wir das anstreben, aber beim Abfall darf ich Sie daran erinnern, wir sind alle beim gleichen Kläranlageverband. Der Kläranlageverband Röti macht die Abfallentsorgung für die Stadt Schaffhausen und für die Gemeinde Neuhausen am Rheinflall. Wir bezahlen ungefähr die gleichen Löhne, die Maschinen kosten ungefähr das gleiche und wir haben die gleichen Gebühren in der Hard. Da kann es nicht sein, dass die Stadt Schaffhausen einen völlig anderen Preis hat als wir. Wir können nicht billiger sein als die Stadt Schaffhausen. Das geht von den Voraussetzungen einfach schlechthin nicht. Interessant finde ich die Argumentation von ER Peter Schmid (SVP). Er sagt eine Familie kostet viermal so viel. Das stimmt dann, wenn alle 4 Personen 18 Jahre alt sind. Das ist aber eine untypische Familie. Es mag sein, dass es ein paar Jahre so geht aber die meisten ziehen mit 20/21 Jahren aus und werden flügge. Die Familie mit Kindern unter 18, dort ist es nicht mal vier. Dort ist es mal zwei. Ich bitte Sie an dieser Stelle, Äpfel mit Äpfeln zu vergleichen und Birnen mit Birnen. Interessant finde ich auch das Argument, man hätte es verpasst über die Jahre hinweg die Gebühren anzupassen. Dann kann ich ja auch sagen, eigentlich hat ja das Gewerbe in den letzten Jahren ganz nett profitiert. Denn diese Belastung hatte man ja nicht und somit einen Vorteil gegenüber dem Gewerbe in der Stadt Schaffhausen. Ich habe genügend lang mit Angestellten ein Rechtsanwaltsbüro geführt und ich weiss wovon ich rede, wenn man Ende Monat die Löhne bezahlen muss und das Konto anschaut. Auf Fr. 10.00 pro Monat kommt es da sicherlich nicht kann. Das glaube ich wirklich nicht und sie wissen die Gemeinde schaut sehr darauf, dass wir z.B. in Neuhausen am Rheinflall einkaufen. Wir sind wirklich eng verbunden mit dem Gewerbe und wir sind uns dessen Bedeutung wirklich bewusst. Ich verstehe die ÖBS, die eigentlich gespalten ist. Das Verursacherprinzip etwas angeritzt, dafür etwas grösser die Sozialkomponente. Auch die ÖBS hat von einem Murks gesprochen. Auch hier bin ich nicht der Ansicht, dass es ein Murks ist, es ist ein Kompromiss und es ist leider ab und zu in der Politik so, dass man sich ab und zu die Nase zuhalten muss und durchgehen muss, weil man am Schluss einfach zu einem Ergebnis kommen muss. Wenn Sie das Geschäft zurückweisen oder ablehnen, dann sind wir wieder genau gleich weit wie im Sommer 2010. Dann haben wir das Defizit von rd. Fr. 290'000.00 bei den Grünabfällen. Es ist mir nicht klar, wie ich das machen soll und denke der Financer wird auch noch etwas dazu sagen. Wir können uns nicht vorstellen, dass wir noch eine Extraprämie mit den Fr. 120'000.00 geben. Das können wir einfach nicht, wir haben die Finanzen dazu nicht. Wenn Sie andere Modelle diskutieren möchten, dann müssen Sie es an die Kommission zurückweisen. Ich muss Ihnen aber sagen, es gibt kaum eine Gemeinde in der Schweiz, die mit Erfolg ein echt verursachergerechtes Konzept auf lange Sicht durchgezogen hat im Bereich Grünabfall. Zwar ist das ganz einfach. Ihre Bananenschale sieht gleich aus wie meine. Die kann ich irgendwo hinwerfen. Sie können niemals sagen, ausser sie machen einen DNA-Test, wer hat nun diese Bananenschale aufgemacht. Das ist schlechthin nicht möglich. Hier ist der Unterschied zum Schwarzabfall. Dort gibt es immer wieder Leute, die versehentlich ein Couvert hineinwerfen. Wägesysteme und alle ähnlichen Möglichkeiten haben sich auf die Dauer nicht bewährt. Ich denke etwas Positives hat die Stadt



Schaffhausen schon. Schauen Sie mal die Rechnung der Stadt Schaffhausen an. Die hat ca. 8 Konten. Wir bei uns haben pro Abfallart 8 Konten. Wir haben 5 oder 6 verschiedene Abfallarten. Wir haben ein viel differenzierteres Kontensystem als die Stadt Schaffhausen, deshalb turnen wir vielleicht auch mit dieser schwierigen Materie herum. Ich denke, in diesem Bereich sollten wir uns wirklich der Stadt Schaffhausen annähern und schauen, dass wir zu einem ähnlichen System kommen und längerfristig zu ähnlichen Tarifen. Ich denke die Stadt Schaffhausen wird sich sicher ab und zu Gedanken machen müsse, wie ihr Tarifsysteem aussieht und mit der Abfallverordnung hätten wir auf jeden Fall einmal eine gute Basis. Wenn Sie dann die Tarife ablehnen, dann müssen wir wieder schauen, wie es weitergeht, aber es ist klar, die drei Gesetzeswerke hängen zusammen und ich habe zur Kenntnis genommen, dass die Referendumsdrohung bereits auf dem Tisch liegt. Dieser Akt erschreckt mit nicht. Eine bekannte Gefahr erschreckt nicht mehr. Das ist halt so, dann fällt das beim Volk durch, aber ich muss Ihnen sagen für die, die das Referendum ergreifen, die sind dann auch gefordert, alternative Lösungen aufzuzeigen, die für den Finanzhaushalt wirklich erträglich sind. Einfach Nein sagen ist in dieser Sache klar zu einfach und entspricht eigentlich nicht auch Ihrer Verantwortung als Einwohnerrat, denn Sie müssen sich ja auch für das Wohl der gesamten Bevölkerung einsetzen. Sie sind aber auch gehalten, die kommunale, die kantonalen und eidgenössischen Gesetze einzuhalten. Zwar nicht nur diejenigen, die gerade passen sondern in der Gesamtheit und da bin ich dann gespannt auf die Lösungen. Besten Dank.

GR Dino Tamagni

Ich möchte hier noch an die eidgenössischen und kantonalen Gesetze anschliessen. Sie mögen sich vielleicht noch an die Stadt Schaffhausen erinnern, als die Schwarzgebühren diskutiert wurden. Das war schlussendlich auch in Thayngen, dass es per Dekret eingeführt wurde. Irgendwann ist dann Matthäus am Letzten und die Gesetze gelten auch für Neuhausen am Rheinfall und müssen eingehalten werden. Nochmals zum Votum von ER August Hafner (SP). Ich danke, dass Du das gesagt hast, dass der Steuerrabatt nichts mit dieser Vorlage zu tun hat bzw. direkt zu tun hat. Sie können nach Belieben Antrag stellen auf Ablehnung oder das Referendum ergreifen, aber das hat wirklich nichts damit zu tun, ob Sie heute den Steuerrabatt senken oder nicht. Das ist eine Sache, die gehört in der Budgetsitzung Budget 2012. Dort sind wir ungefähr im November. Jetzt muss ich aber trotzdem noch eine Anmerkung an das Erinnerungsvermögen der Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte betr. Budgetsitzung 2010 wo wir das Budget 2011 besprochen haben. In dieser Budgetsitzung haben wir ein Defizit von Fr. 193'000.00 ausgewiesen. Sie haben dann zumal einem Steuerrabatt von 1 % zugestimmt. Dieser Steuerrabatt wäre wahrscheinlich nicht zustanden gekommen, wenn wir die Fr. 130'000.00 bei den Grundgebühren nicht drinnen gehabt hätten, denn dann wären wir nämlich auf einem Defizit von Fr. 300'000.00. Indirekt haben Sie eigentlich schon Ihre Steuerreduktion vorbezoogen. Damit ich es noch präzisieren kann. Die Fr. 130'000.00, die im Budget stehen, ist eigentlich nur die Hälfte, die der Gemeinderat gerechnet hat, nämlich ab 1. Juli. Eigentlich müsste mit dieser Kompromissvorlage nur ca. Fr. 65'000.00 drinnen sein. Mir fehlen Ende Jahr von dieser Seite her schon die Fr. 65'000.00. Bitte, denken Sie nochmals darüber nach, was Sie im letzten Herbst beschlossen haben, dass Sie hier schon eine Steuerrabattreduktion in Form eines Steuerrabattes gewährt haben und jetzt nochmals einen Draufsetzen wollen, dann verstehe ich Sie auch nicht mehr. Bitte überlegen Sie gut!



ER August Hafner (SP)

Wir haben drei verschiedene Erlasse auf dem Tisch und wenn Sie jetzt ein Erstklassbegräbnis machen wollen und alles versenken wollen, dann möchte ich Ihnen doch zu bedenken geben, dass alleine die Revision der Abfallverordnung, die wir heute wirklich machen sollten, bezahlt kein Einwohner eine Rappen mehr oder weniger. Ihr Widerstand hat sich an diesen Tarifen entzündet. Die sind hier als Anhang zur Kommissionsvorlage aufgeführt und wenn Sie da Nein sagen, dann gibt's keine Mehreinnahmen und da entscheidet sich die Frage ob das Gewerbe belastet wird und andere auch. Aber mit der Revision der Abfallverordnung hat das alles nichts zu tun und diesen Erlass sollten wir wirklich dringend ändern. Es gibt Punkte drin, die muss man ändern, weil es schlicht nicht mehr stimmt, wie es heute ist und es hat auch wünschbare Verbesserungen drinnen. Das sollte doch heute gemacht werden.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Für die CVP ist unbestritten, dass die Abfallgebühren verursachergerecht bezahlt werden müssen. Da hast Du mich, ER Arnorld Isliker (SVP), vielleicht falsch verstanden. GP Stephan Rawyler hat gesagt, die Gemeinde Neuhausen am Rheinflall hat eine sehr differenzierte Buchführung. Das kommt uns zum Verhängnis, denn wenn wir die selbe Kontenführung wie die Stadt Schaffhausen übernehmen würden, wäre das ganze für uns gar kein Problem und müssten gar nicht über diese Abstimmung diskutieren.

ER Felix Tenger (FDP)

Wir haben jetzt vom Gemeinderat gehört, diese Mehrbelastung bei einer Steuerfussenkung sei für die Gemeinde nicht tragbar, weil dann eine Zusatzbelastung für die Gemeinde in der Grössenordnung von Fr. 150'000.00 zukäme. Ich muss Ihnen sagen, wenn wir diese Abfallverordnung so genehmigen, belastet das auch die Einwohnerschaft und das Gewerbe von Fr. 120'000.00. Da fragt dann niemand, was diese zu dieser Mehrbelastung sagen! Man kann genau mit dem gleichen Recht das für die Einwohnerschaft einfordern. Es ist hier die Frage sieht man das halb voll oder halb leer. Wenn ich die Einnahmenseite der Gemeinde der letzten Jahre angeschaut habe, wurde immer sehr vorsichtig und konservativ budgetiert. Das ist auch richtig so. Ich würde das an Stelle des Finanzreferenten auch so tun, aber schlussendlich haben wir immer Überschüsse in teilweise Millionenhöhe eingefahren und jetzt wegen diesen Fr. 150'000.00? Das gewisse Steuerbelastungen auf die Gemeinde zukommen können ist unbestreitbar. Das sind Diskussionen, die jetzt dann im Kantonsrat auf uns zukommen werden, aber ich denke über diese Brücke schreiten wir dann, wenn wir davor stehen, dann wird das ausgiebig diskutiert und dann wird man sehen ob wirklich eine Zusatzbelastung für die Gemeinde kommt oder nicht. Wie ich gesehen und gelesen habe, haben ja einige Gemeindepräsidenten (inkl. unser Gemeindepräsident) eine Eingabe an die Regierung gemacht, dass entsprechend diese Revision kostenneutral für die Gemeinde von statten gehen soll. Da ist das letzte Wort sicherlich noch nicht gesprochen. Ich kann einfach feststellen, nach diesen Voten hat es die Kommission nicht geschafft (inkl. mir) eine mehrheitsfähige Vorlage auszugestalten. Da muss ich Ihnen aber schon sagen, da ist mir der Status Quo aber lieber als eine Vorlage mit der niemand zufrieden ist. Zur Kompensation mit diesem 1 % das hätte nichts zu tun hier. Wir können sehr wohl dem Gemeinderat einen Auftrag geben, bei der nächsten Budgetierung mit einem 1 % tieferen Steuerfuss zu kommen. Ich denke, es hätte einen sehr grossen Konnex, weil wir ja die Einwohnerschaft mehr belasten mit den Gebühren und auf der anderen Seite wollen wir wieder etwas zurückgeben mit der Steuerfussreduktion. Von daher gesehen ist meiner Meinung nach ein Konnex vorhanden. Zu ER August Hafner (SP) bezüglich der Abfallverordnung, da stimme ich ihm zu. Wir haben diese ja auch in einer Kommissionssitzung durchgearbeitet und hier eine



entsprechende Anpassung vorzunehmen ist absolut unbestritten. Wo wir sicherlich nicht zustimmen werden, ausser unser Antrag auf Kompensation wird angenommen, ist einer Teilrevision der Gebühren und allenfalls einer Schlussabstimmung.

ER Peter Schmid (SVP)

Ich möchte mich hier schon noch für meine Gewerbler wehren. Das Gewerbe hat nicht, wie GP Stephan Rawyler gesagt hat, die letzten Jahre davon profitiert, weil die Gemeinde es verpasst hat die Gebühren regelmässig zu erhöhen. Wie Sie alle wissen, haben wir schwere Jahre hinter uns, das ganze Gewerbe. Und jetzt, wo wir ein bisschen aus der Talsohle heraus schauen können, kommen neue Gebühren auf uns zu.

GR Dino Tamagni

Um nochmals auf das Votum von ER Felix Tenger (FDP) zurückzukommen. Als Sie zusammen das Budget abgenommen haben letztes Jahr. Wenn da nicht die Gebührenanpassung berücksichtigt worden wäre, dann muss ich sagen, dann hätte es jedem an Verantwortungsbewusstsein gefehlt, wenn Sie dann einem Steuerrabatt zugestimmt hätten. Dann hätten Sie sagen müssen die Fr. 195'000.00, die minus sind, plus die Fr. 130'000.00 ergibt dann ca. Fr. 300'000.00, die dann ein Defizit resultiert hätten, dann hätten Sie dann noch sagen müssen wenn da noch Fr. 130'000.00 und dann hätte noch 1 % dazukommen müssen. Dann hätten wir irgendwann am Schluss ein Defizit von knapp einer halben Million. Wenn Sie das zu verantworten hätten, dann hätte ich Ihnen gesagt, Sie haben das so beschlossen. Sie haben im Wohlbewusstsein gesagt, wenn wir Fr. 130'000.00 Defizit haben, dann wollen wir noch einen Rabatt von 1 %. Ich verstehe nicht die Aufregung wegen diesem Steuerrabatt. Dann muss ich Ihnen auch noch sagen, Sie haben nichts gesagt zum ganzen Finanzplan, denn der Finanzplan ging, weil wir dort Fr. 130'000.00 drin haben, von der vollen Entschädigung aus. Also von Fr. 260'000.00. Da stimmt dann das ganze Gefüge nicht, wir haben aber auch grosszügigerweise immer den Steuerrabatt mit eingerechnet. Sie werfen da alles durcheinander und das entbehrt jeder Basis. Das geht so nicht. Ich möchte Sie wirklich bitten, überprüfen Sie nochmals, was Sie letzten Herbst mitbestimmt haben im Budget. Dass das wirklich alles eingerechnet ist. Sie können wirklich nicht zweimal absahnen, wenn ich das so sagen darf. Ich bin auch für Steuerreduktion, wenn sie möglich sind, nur müssen diese im Rahmen geschehen, dass sie auch durchsetzbar sind und durchführbar sind. Aber nicht einfach so!

ER Urs Hinnen (ÖBS)

Ich möchte nochmals nachdoppeln. Wir von der ÖBS sind über den eigenen Schatten gesprungen, weil dieses Verursacherprinzip Ritze gekriegt hat, aber ich finde, wenn wir hier jetzt einfach missachten, was die Kommission erarbeitet hat, dann diskreditieren wir überhaupt die Kommissionsarbeit. Man kann sich fragen, ist es denn in Zukunft überhaupt noch sinnvoll, Kommissionen zu bilden, die sehr ausgewogen sind und man zusammen nach Lösungen sucht. Es waren ja 4 Abende, die die Gemeinde auch etwas gekostet haben und man schlussendlich einfach darüber hinweg fährt. Dann können wir uns in Zukunft wirklich diese Arbeiten und Kommission ersparen. Ich denke wir müssen sachbezogen urteilen und dass das der optimale Kompromiss war und uns auch an diese Empfehlungen der Kommission halten. Ich denke, was Besseres kriegen wir da nicht raus. Das hat sich ganz klar gezeigt.



ER Arnold Isliker (SVP)

Wir können jetzt die Anträge zurückweisen, wir können vors Volk gehen, dass die Abstimmung angenommen wird ist so klar wie das Amen in der Kirche aber wollen wir das, dass uns dann per Dekret die vollen Kosten aufgebürdet werden? Dann wird es uns wesentlich mehr kosten, als dass wir es jetzt auf dem Tisch haben. Das kann ich Ihnen garantieren und wegen der Kostentransparenz, Rita Flück Hänzi (CVP), in der Stadt Schaffhausen, wenn die ehrlich wären und die Kostentransparenz offen darlegen betr. Abfallverursachung, dann würde das wesentlich schlechter aussehen für die Stadt Schaffhausen und wir haben eine Transparenz, die für uns greifbar und ersichtlich ist. Das ist der Unterschied zwischen Schaffhausen und Neuhausen am Rheinflall.

ER Willi Josel (SVP)

Wenn ich ER Urs Hinnen (ÖBS) zuhöre, dann sind wir wieder bei den Aussagen, die nicht passen. Optimaler Kompromiss und ER Lenz Furrer (ÖBS) sagt das sei ein Murks. Was ist es denn jetzt wirklich? Ich hätte grosse Lust das ganze an die Kommission zurückzuweisen und sich dieser Sache nochmals anzunehmen. Alle diese Argumente, die gekommen sind, noch einmal zu diskutieren und dann eine neue Vorlage und ein neuer Bericht zu erstatten. Dann können wir uns die Sache nochmals ansehen. Darum stelle ich jetzt den Antrag Zurückweisung an die Kommission. Dann werden wir weitersehen.

ER Lenz Furrer (ÖBS)

Es tut mir leid, wenn ich da einen Terminus mit dem Murks aufgenommen habe. Ich wollte einfach ausdrücken, dass es ein Kompromiss ist und ich glaube in wörtlichem Sinn, dass es der beste Kompromiss war von dem was möglich war, aber es ist ein Kompromiss der knirscht, ohne dass man gross die Zähne bewegen muss. Ich habe mich hier dafür eingesetzt in der Fraktion, dass wir diesen knirschenden Kompromiss annehmen. Ich bin wie niemand hier besonders begeistert aber ich glaube, dass wir hier nicht viel Spielraum haben und nichts Besseres hätten machen können. Ich glaube auch nicht, dass es viel bringen würde, es an die Kommission zurückzuweisen.

GP Stephan Rawlyer

Wir haben uns (meine Mitarbeiter und ich) heute Nachmittag noch die Mühe gemacht, wie hoch müsste die Grundgebühr sein, wenn wir die Marken so stehen lassen wie wir sie jetzt vorschlagen und wenn wir bei den gewerblichen Betrieben die Grundgebühren so stehen lassen, wie wir es jetzt vorschlagen. Wenn man ein volles Steuerprozent ausgleichen möchte, dann müsste man die Grundgebühr pro Person auf Fr. 53.00 erhöhen. Dann würden wir einen Betrag von rd. Fr. 283'000.00 bekommen. Das bei einem vollen Steuerprozent. Zusätzlich dass Sie schon den Vorbezug konsumiert haben, müssten wir massiv Fr. 16.00 pro Person hinauf. Dann wären wir bald bei der Zahl von ER Peter Schmid (SVP), wo er Äpfel und Birnen vergleicht hat. Sie sehen, die Dimension, was das auslöst, wenn Sie darauf beharren, ein Steuerfuss zusätzlich noch zu garnieren. Ich kann das nicht anders sagen. Das ist wirklich noch ein Bonus, den Sie wollen. Die Steuerfussreduktion haben Sie im letzten Herbst im November beschlossen. Sie haben nämlich dort zu Fr. 130'000.00 Ja gesagt. Jetzt machen wir Fr. 120'000.00, eigentlich schon Fr. 10'000.00 Verschlechterung und für die künftigen Jahre sogar deutlich mehr. Zu ER Felix Tenger (FDP). Es ist klar, über die Steuergesetzrevision wird schon noch diskutiert aber es ist auch völlig klar, dass etwas bei der Gemeinde hängen bleiben wird. Wir haben jetzt mal die Positionen abgesteckt und ich benutze die Gelegenheit noch gerne, um Sie aufzuklären, ich habe nie einer Steuergesetzrevision dieser Art und Weise zugestimmt wie andere Gemeindepräsidenten. Es gab einmal eine



Zusammenkunft von exekutiven Gemeindepräsidenten. Ich habe es damals schon als gefährlich empfunden. Die Fügung des Schicksals, ich musste wesentlich früher gehen und war dort dann nicht mehr dabei und im Übrigen ist es ein völliger Unterschied, ob man sagt die Richtung anstreben oder ob man einen konkreten Schritt unterstützt. Das ist ein Unterschied. Und zwar ein ganz entscheidender Unterschied und Darstellung stimmt zumindest für meine Person nicht zu.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Ich möchte hier zuhänden des Protokolls die Abstimmung über Eintreten auf diese Vorlage vornehmen.

Der Antrag wird mit 16 : 2 Stimmen angenommen.

Wir treten somit mit 16 : 2 Stimmen auf diese Vorlage ein.

ER Felix Tenger (FDP)

Nur eine kurze Bemerkung zum Ausdruck "Steuerprozent garnieren". Das wurde jetzt zweimal von der Bank des Gemeinderates ausgesprochen. Wir sprechen hier vom Geld der Steuerzahler, das der Gemeinde zur Verfügung gestellt wird. Die Steuerzahler geben Ihnen das Geld und wenn sie Ihnen weniger Geld geben, dann kriegen sie nichts.

ER Willi Josel (SVP)

Antrag:

Rückweisung der Vorlage an die Kommission.

Dieser Antrag wird mit 15 : 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Wir werden bei Traktandum 4 aufhören. Traktandum 7 wäre zwar noch ein wichtiges Traktandum. Dazu gebe ich ER Rita Flück Hänzi (CVP) das Wort.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Es ist so, dass die CVP bis jetzt noch nicht fündig geworden ist für ein Mitglied in die Bürgerkommission und wir benötigen noch etwas mehr Zeit. Wir sind etwas behindert worden durch die Ferien und durch Leute, die auch sehr interessiert waren und sich dann kurzfristig wieder anders entschieden haben. Das hat uns im ganzen Prozess etwas aufgehalten.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Soviel ich weiss, sind doch die anderen Parteien informiert worden, dass sie sich auch bemühen sollen.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Wenn wir gewusst hätten, dass diese Traktandum auf die nächste Sitzung verschoben wird, dann hätten wir etwas mehr Zeit.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Dieses Traktandum wird nur verschoben, weil die CVP niemanden hat.

*Detailberatung:*ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Ich glaube, es macht keinen Sinn, den Bericht vom 2. Juni 2010 durchzunehmen. Dann kommen wir wie gesagt auf Seite 8 zu Antrag Nr. 1. Dort gehört die Verordnung, die wir nachträglich zur Traktandenliste noch bekommen haben, zu diesem Antrag.

ER Felix Tenger (FDP)

Ich bin aber schon der Meinung, dass wir die Verordnung vom 2. Juni 2010 noch durchbesprechen sollten. Ich möchte meinen Antrag zur Steuerfussreduktion im Rahmen dieses Antrages machen. Das ist immer noch der gültige Antrag, der entsprechend ergänzt wurde mit Verordnungen und Tarifen.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Können wir diesen Bericht durchgehen, wenn wir die Verordnungen besprochen haben?

ER Felix Tenger (FDP)

Selbstverständlich.

ER Peter Schmid (SVP)*Abfallverordnung Seite 4 III. Pflichten*

Es betrifft zwar keine Änderung aber es steht hier unter Abs. 1 "Hauskehricht, Betriebskehricht ... die von der Gemeinde organisierte Abfuhr zu entsorgen". Wenn das eine Verpflichtung ist, dann ist sie – soweit ich weiss – rechtlich nicht haltbar. Es kann jedermann selber zur Entsorgung fahren oder eine private Firma für die Entsorgung beauftragen.

GP Stephan Rawyler

Was hier steht entspricht noch dem aktuellen Recht. Was hier steht ist richtig. Es gibt aber die Motion Carlo Schmid und die verlangt im Ergebnis das, was ER Peter Schmid (SVP) gesagt hat. Es ist aber bereits so, dass wir das selbstverständlich zulassen, wenn Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen nicht mit der Gemeinde entsorgen. Wir haben nicht vor, an unserer Praxis etwas zu ändern und wenn die Motion Carlo Schmid durchkommt, dann bin ich der Ansicht gilt wiederum das



Bundesrecht und wir werden unsere Bestimmungen selbstverständlich bundesrechtkonform anpassen.

ER Peter Schmid (SVP)

Ich kann Ihnen sagen, da wo ich meinen Betrieb habe, haben wir dasselbe Problem. Wir mussten bzw. sollten über die Gemeinde entsorgen. Wir haben uns dagegen gewehrt. Über Rechtsmittel haben wir gewonnen und die Gemeinde hat verloren. Wir können jetzt freiwillig entsorgen. Die Gemeinde hat sogar ein Schreiben machen müssen, dass wir jetzt selber entsorgen dürfen oder durch Private.

GP Stephan Rawlyer

Es ist ja kein Geschäft, wenn wir hier bei der Hard etwas abliefern. Wir haben mindestens zurzeit kein Interesse, dass wir noch mehr Abfall kriegen. Wir sind auch sehr an der Grenze, dass wir mit den Touren durchkommen. Wir haben zwei Touren am Montag und Dienstag und wenn wir tatsächlich noch die weiteren Betriebe machen müssen, das sind ungefähr 11 bis 12 teilweise sehr grosse Betriebe, die selbst entsorgen. Da sind wir froh, dass diese das so machen. Es ist auch in der Stadt Schaffhausen Gang und Gäbe. Ein relativ berühmtes Restaurant mit viel Abfall fährt jemand immer mit einem Personenwagen vor und einem Anhänger und dann wird das aufgeladen und wegtransportiert. Wir sind da grosszügig. Ich denke, der Artikel macht aber insofern noch Sinn und deshalb bitte ich Sie auch diesen drinnen zu lassen, dass wenn jemand eben nicht nachweisen kann, dass er bei einer anerkannten Abfallfirma entsorgt. Da ist eben die Versuchung doch relativ gross, dass man im Wald ein Loch gräbt und das einfach hineinwirft oder sonst wegwirft. Schwarze Schafe gibt es überall und genau für solche Personen ist dieser Artikel. Diese könnten wir dann packen und sagen, den Betriebskehrrecht musst du bei uns entsorgen. Wenn jemand über andere Firmen entsorgt ist das für uns in Ordnung. Wir sind froh, wenn wir das nicht auch noch machen müssen. Wir legen ja drauf. Es ist kein Geschäft.

ER Peter Schmid (SVP)

Abfallverordnung Seite 9 Art. 25 Grundsätze der Gebührenerhebung

Der neue Artikel heisst: "Die Kosten der Abfallbewirtschaftung werden möglichst kostendeckend und verursacherbezogen durch mengenabhängige Gebühren und ein Grundgebühr finanziert." Ich habe mich ein bisschen erkundigt. Heute kann an jedem Kehrichtwagen eine Waage für relativ wenig Geld angebracht werden, damit man wirklich gewichtsabhängig entsorgen könnte und wirklich das verrechnen könnte, was derjenige zu entsorgen hat. So eine Nachrüstung kostet ca. Fr. 7'500.00 und dann könnte man wirklich verursachergerecht entsorgen, vor allem in Industrie und Gewerbebetrieben. Als kleiner Vorschlag von meiner Seite.

ER Arnold Isliker (SVP)

Ich widerspreche dem. Wenn jemand einen Container voll Sagex hat füllt das den Kehrichtwagen genau so, als wenn er 1 Tonne schweres Material hat. Was ist dann verursachergerecht. Wenn einer einen Kubik Sagexplatten entsorgt und der andere Schwergut?



GP Stephan Rawyler

Hier ist bereits ein Teil der Antwort gegeben. Der zweite Teil ist, warum machen das denn die anderen Gemeinde nicht? Wo liegt das Problem? Es wären sicherlich nicht die Fr. 7'500.00 der Waage. Das wäre ja noch zu bezahlen. Sie müssen sich vorstellen, Sie müssen jeden Sack zuordnen können, wem ist er? Der Mann/Frau muss dort stehen und den Sack zuordnen und das kostet Zeit. Das kann ich Ihnen jetzt schon sagen.

ER Peter Schmid (SVP)

Du hast mich falsch verstanden. Ich rede von Containern und nicht von den Säcken.

GP Stephan Rawyler

Wir haben auch im privaten Gebrauch Container. Es gibt viele Private, die Container haben. Wir haben die Zeit nicht.

ER Peter Schmid (SVP)

Ich habe aber gesagt für Industrie und Gewerbebetriebe. Die haben eine Andockmarke und das Fahrzeug misst und ordnet zu. Genau so wird es bei uns im Ort gemacht, wo ich meinen Betrieb habe. Nicht von der Gemeinde sondern von privaten Entsorgern. Die verdienen damit Geld. Es ist mir schon klar, dass die Gemeinde kein Geld verdient.

GP Stephan Rawyler

Es ist schon klar, dass die Privaten Geld verdienen. Die haben nämlich von der Gemeinde einen Auftrag, das so zu machen. Wir haben auch private Unternehmen, die das machen. Z.B. die Firma Keller in Thayngen. Die macht das sicher in Thayngen und z.T. auch im Klettgau. Es gibt einzelne Bauern, die fahren mit einem Anhänger umher. Die Arbeiten aber mit anderen Kostensätzen als wir haben. Das geht tatsächlich. Das ist mir völlig klar. Aber ich muss nochmals sagen, es lohnt sich einfach nicht von der Zeit her. Ich bitte Sie sich nicht auf solche technischen Möglichkeiten abzustellen. Das lohnt sich nicht!

GP Stephan Rawyler

Zur Klarheit. Die beiden Anhänge werden nicht von Ihnen beschlossen. Die sind nur zur Information. Wenn Sie nämlich jetzt auch über die Anhänge auch noch abstimmen, dann heisst das, dass wir bei einer Mehrwertsteueränderung auch zu Ihnen kommen müssen. Diese sind auf Wunsch der Kommission als reine Information aufgenommen worden. Der Gemeinderat ist berechtigt, den Anhang zu ändern. Wenn wir uns der 14 %-Marke in der Mehrwertsteuer annähern sollen, dann dürfen wir das selbst machen.



ER Felix Tenger (FDP)

*Bericht und Antrag betreffend die Teilrevision der Abfallverordnung
Seite 8, Punkt 7 Anpassung Steuerfuss?*

Antrag:

Der Gemeinderat kompensiert die Mehrbelastung durch die geänderte Abfallverordnung mit einer Senkung des Gemeindesteuerfusses um 1 % gültig ab dem 1. Januar 2012.

GR Dino Tamagni

Ich muss nochmals sagen, wenn wir an der Budgetsitzung sind, dann muss ich Ihnen eine Vorlage auf den Tisch legen, die irgendwo 1 % Steuerfussreduktion beinhaltet. Andererseits muss ich Ihnen ein seriöses Budget vorlegen und dann muss ich die Rechnung irgendwie wieder ausgleichen. Dann präsentiere ich Ihnen einfach wieder ein plus 2 % oder weiss ich nicht was. Ich bitte Sie wirklich, an der Budgetsitzung die entsprechenden Anträge zu stellen. Wenn Sie da wollen, schauen Sie das Budget an und dann stellen Sie Ihre Anträge. Das ist seriös. Aber nicht jetzt im Vorhinein einen Antrag um 1 % zu stellen. Das geht nicht!

GR Patrick Strasser

Ich erlaube mir jetzt, als ehemaliger Kantonsratspräsident, noch etwas anzufügen und hier das Wort zu ergreifen. Ich habe mich zuerst gefragt aufgrund welcher Artikel in der Geschäftsordnung bezieht sich ER Felix Tenger (FDP), dass er hier diesen Antrag stellt? So wie ich ihn verstehe, können wir nicht den Steuerfuss senken, wenn die Verordnung in Kraft tritt. Der soll auf nächstes Jahr gesenkt werden. Es wäre also ein Auftrag an den Gemeinderat. Im Kantonsrat haben sie das in der Geschäftsordnung explizit aufgeführt, einen Auftrag an den Regierungsrat zu erteilen. In der Geschäftsordnung des Einwohnerrates finde ich das nicht. Hier stellt sich schon mal die Frage, ob das überhaupt möglich ist. Im Kantonsrat ist es klar so geregelt, sie können einen Auftrag erteilen an den Regierungsrat. Die Volksrechte bleiben vorbehalten. Also wenn der Auftrag etwas betrifft, was referendumsfähig ist, dann muss dieser Beschluss unter Umständen dem Referendum unterstellt werden. Wir haben es so in der Verfassung. Eine Änderung des Steuerfusses wäre referendumsfähig. Dieser Entscheid müsste dem fakultativen Referendum unterstellt werden. Sie sehen, wir haben hier wirklich ein Problem, das so nicht gelöst werden kann. Es gibt nur eine Möglichkeit, diesen Antrag dann bei der Budgetberatung im November zu stellen. Alles andere ist im Neuhauser Rat nicht zulässig.

ER Felix Tenger (FDP)

Ich bin anderer Meinung als GR Patrick Strasser. Und zwar wenn man im Antrag des Gemeinderates sieht, dann steht da drinnen: "Er sieht daher von einem Antrag, den Steuerfuss um 1 Prozent zu reduzieren, ab." Jetzt verstehe ich nicht, weshalb der Gemeinderat mehr Rechte haben sollte als der Einwohnerrat? Er kann doch dem Gemeinderat den Auftrag erteilen für die Budgetdiskussion entsprechend einen 1-prozentige Senkung des Gemeindesteuerfusses hineinzunehmen. Da sehe ich jetzt überhaupt keine Probleme.

ER Peter Gloor (SP)

Felix, lies mal den Punkt 7. Anpassung Steuerfuss? Das kannst Du auf nächstes Jahr machen, aber nicht jetzt.

ER Felix Tenger (FDP)

Ich sage ja nicht, dass wir jetzt den Steuerfuss auf dieses Jahr reduzieren sollen. Ich sage, der Gemeinderat wird beauftragt das ins Budget einfliessen zu lassen.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Ich nehme an, der Gemeinderat wird eh einen tiefen Steuerfuss anpeilen.
Dann stimmen wir darüber ab, wer dafür ist, den Antrag von ER Felix Tenger (FDP) aufzunehmen.

Antrag:

Der Gemeinderat kompensiert die Mehrbelastung durch die geänderte Abfallverordnung mit einer Senkung des Gemeindesteuerfusses um 1 % gültig ab dem 1. Januar 2012.

Über diesen Antrag wird nicht abgestimmt.
Es wird darüber abgestimmt, ob wir über diesen Antrag überhaupt abstimmen können.

Dieser Antrag wird mit 12 : 5 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Der Antrag über die Senkung des Gemeindesteuerfusses wird somit auf die Budgetdebatte im November 2011 verschoben.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Also, dann debattieren wir darüber in der Budgetdebatte.

Anträge:

1. Die Teilrevision der Abfallverordnung der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 27. Januar 1994 (NRB 814.150) wird gutgeheissen.

Der Antrag wird mit 16 : 1 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

2. Dem Tarif für die Grundgebühr gemäss Abfallverordnung der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 10. März 2011 (NRB 814.101) wird zugestimmt.

Der Antrag wird mit 11 : 6 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

3. Dem Tarif für den Verkauf von Gebührenmarken gemäss Abfallverordnung der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 10. März 2011 (NRB 814.102) wird zugestimmt.

Der Antrag wird mit 10 : 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

GEMEINDE

**NEUHAUSEN
AM RHEINFALL**

CH-8212 Neuhausen am Rheinflall
www.neuhausen.ch



Diese Beschlüsse unterstehen gemäss Art. 14 lit. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinflall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 4 Bericht und Antrag betreffend Flächenbewirtschaftung Rheinfallgebiet

GP Stephan Rawyler

Ich habe Ihnen bereits ein Geschäft bezüglich Baurecht angedeutet. Das steht im Bericht und Antrag drinnen, dass die Gemeinde mindestens für 1 Jahr die Flächenbewirtschaftung im Rheinfallgebiet durchführen wird. Wir haben diesen Auftrag bekommen. Die Qualität und Intensität, die seitens des Kantons verlangt wird, kann aber mit dem vorhandenen Personal nicht ausgerichtet werden. Das ist nicht möglich. Es wurde vor allem z.B. seitens des Kantons verlangt, dass in der intensiven Tourismuszeit eine höhere Präsenz erwartet wird, als es wir von unseren Mitarbeitern erwarten und es wurden auch Sprachkenntnisse verlangt, da man davon ausgeht, dass Leute, die dort tätig sind, tatsächlich auch von Touristen angesprochen werden. Der Kanton stattet die Person auch mit einer speziellen Ausrüstung aus. Da steht nicht Gemeinde Neuhausen am Rheinfall drauf sondern Rheinfallgebiet. Ich habe es noch nicht im Original gesehen. Sie haben auch ein eigenes Fahrzeug. Sie haben ihren kleinen Werkhof im Haus Mühlerad. Man kann sagen unter der Equipe Mäni Frei hat das ausgezeichnet funktioniert. Wir sind Z.Zt. in einer etwas kritischeren Phase aber wir hoffen, dass wir diese Talsenke überwinden können und dass wir da beidseitig wieder eine Zufriedenheit erreichen können. Die Kosten sind gedeckt. Wir machen da nicht einen namhaften Gewinn. Wir wollten Ihnen trotzdem den Antrag betreffend Stellenpensum unterbreiten. Ich bitte Sie, auf den Bericht und Antrag einzutreten und um eine Vollzeitstelle auf 16 Vollzeitstellen im Werkhof auszustocken.

Eintretensdebatte:

ER Lenz Furrer (ÖBS)

Ich wollte nur kurz anmerken, dass jetzt so kurz über den Beschluss zu den Eigentumsverhältnissen es tatsächlich aussieht als würde etwas passieren. In der Kommission für die Eigentumsverhältnisse wurde auch darüber gesprochen, wie es mit den Abfallstandards steht und dass diese Personalposition im Moment nicht angehoben werden kann. Ich nehme es deshalb erfreut zur Kenntnis.

ER Rolf Forster (SVP)

Vor kurzem haben die stimmberechtigten Einwohnerinnen und Einwohner dem Antrag zugestimmt das Gebiet am Rheinfall dem Kanton im Baurecht zu übergeben. Damit verbunden war auch die Parkplatzbewirtschaftung. Diese liegt nun in der Verantwortung des Kantons. Alle anderen Flächen, welche in der Vorlage aufgeführt sind, müssen ebenfalls bewirtschaftet werden. Gemäss Vertrag mit dem Kanton sind diese Flächen erfreulicherweise vorläufig bis Ende 2011 durch die Gemeinde zu betreuen. Zwar entfällt der Dienst auf den Parkplätzen, dennoch erweitern sich die Aufgaben. Die Gemeindegärtnerei wird diese mit dem heutigen Personalbestand jedoch nicht vollumfänglich übernehmen können. Der Vorschlag des Gemeinderates für die Anstellung eines weiteren Mitarbeiters leuchtet der SVP ein. Weil der Vertrag mit dem Kanton nur bis Ende 2011 befristet und eine Weiterführung nicht garantiert ist, kann davon ausgegangen werden, je besser der Leistungsauftrag durch die Gemeinde ausgeführt wird, desto eher wird der Vertrag verlängert. Bei einem allerdings nicht wünschbaren Wegfall des Auftrages könnte bei Pensionierungen von Mitarbeitern eine Anpassung der Anzahl Beschäftigten vorgenommen werden. Für die SVP ist daher der Antrag des Gemeinderates sinnvoll. Die SVP wird hier zustimmen.

ER Jakob Walter (parteilos)

Es ist schön, wenn wir an unserem Rheinfall wenigstens im Reinigungsdienst noch eine nützliche Funktion erfüllen. Wir werden zustimmen.

ER Felix Tenger (FDP)

Es ist schon viel gesprochen worden und ich möchte nicht unnötig verlängern. Dieser Antrag ist eine Konsequenz der Abstimmung, die vor ein paar Wochen stattgefunden hat, wo wir das Gebiet dem Kanton für eine gewisse Zeit abtreten. Sie haben gesehen auf Seite 2, für Neuhausen am Rheinfall fallen keine Zusatzkosten an von daher werden wir der Vorlage zustimmen und sind damit zufrieden.

ER Marcel Stettler (CVP)

Auch die CVP nimmt erfreut zur Kenntnis, dass wir diesen Auftrag erhalten haben und wird auf diesen Antrag eintreten und zustimmen.

Keine Detailberatung

Antrag:

Die Stellenpensen im Bereich 6220 Werkhofbetrieb werden mit Wirkung ab 1. Januar 2011 um eine Vollzeitstelle auf 16 Vollpensen erhöht.

Der Antrag wird mit 18 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Das Geschäft ist somit erledigt.



ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Besten Dank für die heutige ausdauernde Diskussion und wir treffen uns zur nächsten Sitzung am 5. Mai 2011. Die Sitzung ist somit geschlossen

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall

Christian Schwyn
Präsident

Sandra Ehrat
Aktuarin